



Rat der Stadt Gronau – Mittwoch 16.3.2016

Haushaltsrede der CDU Fraktion für das Haushaltsjahr 2016
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Jürgens,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

verehrte Vertreter der Presse,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

verehrte Mitglieder des Rates,

zunächst wünsche ich Rüdiger Bartels gute Genesung und verbinde meine Genesungswünsche an Erich Schwartz mit Dank für die Zusammenarbeit – so unterschiedlich unsere Meinung auch z. T. ist, so haben wir doch durch **Respekt – Vertrauen und Ehrlichkeit** immer eine gemeinsame Lösung für eine gute Zukunft der Stadt gefunden. Ihnen Herrn Ulrich Doetkotte viel Erfolg für die erste Haushaltsrede in Ihrer erst zweiten Ratssitzung – Respekt.

Besonders freue ich mich über die große Anzahl der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums, die so Ihr Interesse an unserer Arbeit zeigen und hoffe, dass wir heute nicht zu langweilig sind, dass wir sie verschrecken sondern im Gegenteil sogar für unsere Jugendorganisation begeistern können.

Unser herzlicher Dank gilt allen Mitarbeitern der Stadt Gronau und Ihren Tochtergesellschaften für die geleistete Arbeit des Jahres 2015. Besonders danken wir auch den vielen ehrenamtlichen Helfern und engagierten Bürgern, die die Flüchtlingskrise vor Ort für die Betroffenen und alle anderen Bürger erträglicher gemacht haben.

Auch dem Verwaltungsvorstand gilt unser Dank. Besonders Ihnen Herrn Eising für den vehementen Einsatz und Ihr persönliches Engagement im Rahmen der Beratung der **Notmaßnahmen und Einmaleffekte des Haushaltsentwurfes**. Sie erzeugten damit inhaltliches Verständnis, klärten Alternativen und Fragen bis ins kleinste Detail mit dem Ziel, dass die nötigen Beschlüsse für einen ausgeglichen Haushalt gefasst werden. Ihrem Einsatz ist es geschuldet, dass wir überhaupt dem vorangegangenen Beschluss zum AWW gefolgt sind. Dabei haben wir uns der Macht des Faktischen gebeugt, um uns heute - in modifizierter Form der Gewinnausschüttung – vor der Haushaltssicherung zu verstecken ... entkommen sind wir Ihr damit noch nicht! Daher ist uns der Beschluss auch so schwer gefallen, aber die Sorge mit einer Haushaltssicherung die kommenden Beschlüsse zur Revitalisierung des Hertieumfeldes zu verzögern ist zu groß und die begründeten Sorgen der perspektivischen Vernachlässigung der Abwasserbeseitigung und damit wiederkehrenden

Überflutungen unserer Innenstädte in der Zukunft musste ein Schritt zurück bleiben. Wir werden diesen Bereich genau beobachten!

In Zeiten fehlender Ressourcen müssen Prioritäten gesetzt werden – wir sind auch weiterhin bereit dazu diese zu tun, aber diese Verantwortung obliegt u. E. auch jedem Mitarbeiter der Stadt Gronau und jedem Rats- und Ausschussmitglied, insbesondere Mitgliedern großer Fraktionen und da werde wir ja gleich sehen wie ernsthaft Verantwortung wahrgenommen wird.

Doch bevor wir die Frage klären Haushalt 2016 oder HSK erinnere ich an einige Themen des 2015 durch die wir unsere Stadt Gronau und Epe, die besser ist als Ihr Ruf, weiterentwickelt haben.

1. Fusion Sparkasse Gronau zur Sparkasse Westmünsterland

Ausgehend von den mittelfristigen Planungen wurden weitere Potenziale für die Zukunft bewertet und Handlungsoptionen entwickelt. Daraus ergaben sich umfangreiche Gremienberatungen und schließlich lange Verhandlungen. Mit Beginn der Sommerpause konnten die Verträge unterschrieben werden und die Sparkasse Gronau fusionierte rückwirkend zum 01.01.2015 mit der Sparkasse Westmünsterland.

Die inzwischen veröffentlichten Ergebnisse des Jahres 2015 sind hervorragend und bestätigen, dass die Fusionsentscheidung richtig war und vorbildlich umgesetzt wurde.

Für die Kunden und Mitarbeiter ist damit gutes Institut noch leistungsstärker gemacht worden und wird sich zu einem noch zukunftsfähigen Partner weiterentwickeln. Ein positiver Nebeneffekt freut unseren Kämmerer der nun umfangreiche, regelmäßige Ausschüttung für die Stadt Gronau vereinnahmt.

Damit hat sich die harte Arbeit des Fusionsprozesses gelohnt und wir beide sehr geehrte Frau BM Jürgens haben gezeigt, dass bei klarer Führung und vertrauensvoller Vorarbeit auch bei komplexen Sachverhalten breite Mehrheiten und sachgerechte Entscheidungen im Gronauer Stadtrat möglich sind. **Sie sollten dieses für Zukunftsthemen als Beispiel nehmen.**

2. Zwei neue Kunstrasenplätze wurden gebaut.

Durch den Neubau von 2 Kunstrasenplätzen haben wir die Kapazitäten für den Fußball in dieser Stadt deutlich verbessert. Im Vergleich zu den Umlandgemeinden sind wir insgesamt mit unserer Ausstattung führend. Die notwendigen Investitionen in diesem Bereich sind damit umgesetzt und wir haben unser Versprechen für diese Wahlperiode eingelöst.

Nun gilt es den Substanzerhalt zu gewährleisten und die laufenden Entwicklungen zu beobachten, um Bedarfsänderungen frühzeitig zu erkennen. Wir investieren insgesamt in unsere lokalen Sportvereine, denn die sind die wichtigsten Keimzellen der Integration in unserer Stadt. Nirgendwo sonst gelingt Integration besser und schneller als im täglichen Miteinander in den unterschiedlichsten Sportgruppen.

Tausende Sportler und Sportlerinnen übernehmen hier täglich Verantwortung und leben Zivilcourage! Dies gilt es zu fördern.

3. Grundflächenerwerb für Wohnraum, innere Sicherheit & Gewerbe

Jede Entwicklung benötigt einen Vorreiter! So haben wir die Erweiterungsflächen für die Feuerwehr erworben, um die Grundlage für eine neue Feuer- und Rettungswache zu schaffen.

Innerstädtisch wurden u. a. in der Bahnhofstraße Gebäude erworben, um Attraktivitätssteigerungen und Investorenzugriffe zu ermöglichen. Auch

sind einzelne Flächen zur Gewerbegebietserweiterung erworben worden. Positiv sind die ersten gemachten Schritte. Allerdings fehlt hier zum einen Teilen des Rates der Mut oder die Weitsicht noch weitere Maßnahmen zur forcieren. Da fehlt leider die Investitionsbereitschaft.

Zum anderen fehlt m. E. auch ein Konzept der Verwaltung, wie die mittelfristige Flächenversorgung für Gewerbegebiete und Wohnungsbau sichergestellt werden soll. **Ohne weitere Gewerbegebiete haben wir keine Zukunft** – Wer wettbewerbsfähig als Arbeits- und Lebensstandort bleiben möchte muss zwingend eine langfristige strategische Planung in diesem Kernaufgabenbereich beginnen und dann auch umsetzen!

Die positive Resonanz zu der geplanten Gewerbeschau 2017 in Gronau zeigt klar, dass die Unternehmer mehr wollen – wir haben die Aufgabe für die Infrastruktur als Grundlage zu sorgen. Nur so diversifizieren wir die Gewerbesteuerzahler und schaffen eine **größere Basis** für die städtischen Einnahmen.

Auch die Baulandentwicklung steht in diesem Zusammenhang der Einnahmengenerierung. Das Hauptziel der Überlegungen zur Gründung einer eigenen Grundstücks- und Wohnbaugesellschaft ist die Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum in lebendigen, heterogenen Quartieren**. Ohne eigene Flächenbevorratung und klare Verantwortungen wird dies nicht erfolgreich sein.

Weitere wichtige Themen sind noch in der Umsetzung.

Feuerwehr

So konnte der Brandschutzbedarfsplan in der vergangenen Sitzung beschlossen werden und die grundsätzliche Einigung mit dem Kreis über den Betrieb der Rettungswache ist erfolgt. Dann bleibt nur noch der Baubeginn der neuen Feuer- und Rettungswache, der nun einheitlich so gesehen in 2017 erfolgen soll. Zumindest die Planungskosten sind schon für dieses Jahr im Haushalt berücksichtigt, sodass der Zeitplan auch einzuhalten ist. Wir erwarten allerdings, dass hier nicht erst am 31.12.2017 der erste Spatenstich erfolgt.

Schulen

Wir stehen zum Schulkonsens und halten die Schulvielfalt von der Sekundarschule in Epe, der Realschule, Gesamtschule bis hin zum Gymnasium für ein gutes Konzept für individuelle Lern- und Leistungsoptionen, wohnortnahe und zukunftsfähig.

Wir werden die nötigen Räume und Ausstattungen gemäß der bestehenden Planungen in den kommenden Jahren schaffen. Entsprechende Mittel sind im Haushalt eingestellt. Die Höhe der Mittel sind u. E. passend für die bestehenden Planungen und in Anbetracht der Gesamthaushaltslage ist eine Umsetzung innerhalb der Budgets zwingend erforderlich. Dabei sind wir, sehr geehrter Herr Vetter, sicherlich bereit - falls nötig - über Ausstattungsqualitäten zu sprechen. **Nachträge sind hier ein No-Go.**

Für die Ausstattung mit Lehrern ist die Bezirksregierung zuständig, daher können wir nur bitten die Schulen – bei den immer steigenden Aufgaben u. a. die Inklusion – entsprechend viele und gute Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen, damit die neuen Schulen auch Ihre berechtigte Chance haben.

Innenstadt Gronau

Nach Beschlussfassung des Rahmenplans für das Quartier Hertie ist klar, dass mit qualifiziertem Einzelhandel, Gastronomie und gewerblicher sowie wohnwirtschaftlicher Nutzung die südliche Innenstadt in Gronau wiederbelebt werden soll. Mit den ersten Entwürfen von 4 Investoren gehen wir im April 16 in die nächste Wettbewerbsphase, sodass der Zeitplan, bis zur Sommerpause eine Vergabeentscheidung zu tätigen, weiterhin Bestand hat. Wenn die weiteren Schritte auch zügig erfolgen, dann könnten wir sogar dieses Jahr noch etwas Sichtbares erleben.

Am nördlichen Pol, an der Neustraße, sind ja bereits alle Entscheidungen in 2014 gefällt worden, sodass es hier nur an dem Investor und dem Widerstand der Nachbarn liegt. **Entscheidend ist für uns nicht, wer zu erst anfängt, sondern, dass endlich etwas beginnt.** Daher sind auch flankierende Maßnahmen im Innenstadtbereich zügig umzusetzen.

Rathaus

Ungeachtet der Kenntnisnahme des PBD zum Thema Denkmal – ist und bleibt **dieses Rathaus für uns kein Denkmal!** Wir wollen uns gegen die Eintragung wehren! Dieses Haus ist nie zum Haus der Bürger geworden und wurde von Anfang an nicht angenommen und wird nicht als schön empfunden. Darüber könnten wir auch streiten, aber dass dieses Gebäude nie technisch vernünftig nutzbar war - und schon lange für die Mitarbeiter eine Zumutung darstellt – ist Fakt! Auch in Wirtschaftlicher und ökologischer Sicht ist das Haus nicht tragbar.

Wie Sie Frau BM das Haus nun als Denkmal eintragen, dann bin ich mal gespannt, wie sie dieses Problem dann lösen. Wir behalten uns alle Optionen des Widerstandes als Eigentümerversorger offen.

Es ist an dieser Stelle sicherlich geboten mal intern vom heutigen Sachstand aus neu zu denken – Rathaus digital oder Rathaus 4.0 – ich bin mal gespannt.

Im Sinne der Mitarbeiter ist dieses Thema konsequent anzugehen.

Entwicklungskonzept Epe

Zur Stärkung des Ortskernes Epe ist die bauliche Aufwertung und verkehrliche Beruhigung im Ortskern vorgesehen. Dazu zählt auch der 2te Bauabschnitt des Entwicklungskonzeptes Epe, welches im Budget enthalten ist. Insgesamt ist das Entwicklungskonzept Epe eine gute Leitlinie, die es weiterzuentwickeln gilt.

Wenn ich so durch Epe fahren, dann stelle ich fest, dass uns Epe einige Schritte voraus ist, denn dort wird schon an jeder Ecke gebaut.

Die weitere verkehrliche Entwicklung ist sicherlich mit der Ostumgehung zu schaffen und damit werden dann auch die neuen Industriegebietsflächen verkehrstechnisch gut erschlossen werden. Weiterhin bleiben das Quartier der Germania und die Erweiterung des Dinkelradweges auf dem Plan.

Rockmuseum

Unser einzigartiges Museum ist etabliert und ist ein wesentlicher Mehrwert für Gronau und Umgebung geworden. **Für uns ist das RPM aus Gronau nicht mehr wegzudenken!** Die überregionale Bedeutung wird auch deutlich an der Bereitschaft des Kreises Borken und der Landesförderung den Generalumbau und die Erneuerung der Ausstellung ab 2016 wesentlich finanziell zu unterstützen, so bleibt nur ein kleiner Teil der Kosten in Gronau, der gesamte Nutzen durch Besucher und den Tourismus schwerpunktmäßig in unserer Stadt. Ein gutes Geschäft, welches wir unterstützen und ein Erfolg der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates sowie dem Freundeskreis des Museums. Allen Beteiligten vielen Dank.

Damit habe ich die wesentlichen Ziele unserer Politik genannt und diese Maßnahmen sind auch in dem Budgetentwurf samt Änderungen berücksichtigt.

Nach dem NKF soll die Politik ja nur den Rahmen sprich die Ziele vorgeben – die Umsetzung soll der Verwaltung überlassen werden. Das ist sicherlich ein Experiment, im Moment sehe ich dafür noch nicht die Basis, da sich der Rat in Gänze noch nicht klar genug auf Ziele einigen kann und zum ändern mir die Visionen und innovativen Ideen der Verwaltungsleitung fehlen.

So sagten Sie Frau BM Jürgens bei der Haushaltseinbringung, dass „dauerhafte Verbesserung unserer finanziellen Lage ist nur über eine strategische Konsolidierung mit einer strukturieren Aufgabenkritik möglich. [...]“ „Wir sollten uns darum im AK Finanz weiterhin und verstärkt darauf verständigen, Aufgabenkritik zu üben.“ Wenn das so richtig ist, dann frage ich mich wo Sie denn in diesen Sitzungen waren? In dem Arbeitskreis konnten wir uns nicht einmal auf Themenbereiche einigen über die gesprochen werden sollen, um zu sparen.

Da haben Sie, lieber Herr Ricking, noch nicht einmal die Liste der freiwilligen Leistungen (sog. „Giftliste“) der Verwaltung auf Diskussionsfelder eingrenzen wollen. Das ist wenig produktiv.

Bei der Haushaltsberatung in den Fachausschüssen wurden dann unsere Einsparungsvorschläge – alternativlos – abgelehnt. In der finalen Beratung des HFA wollten Sie nur die vorherigen Beschlüsse umzudrehen, wieder ohne Gegenfinanzierungsvorschlag. **Ernsthaftes Haushalten ist das nicht!**

Dies zeigt Frau BM Jürgens m. E., dass es ohne Führung durch die Verwaltung **auch in Zukunft schwierig wird unsere Hausaufgaben des sorgsamem Umgangs mit Steuermitteln zu erledigen** – zumindest wird es nicht kooperativ erfolgen können.

Auch teile ich Ihre bzw. die Darstellung des Kämmerers nicht, dass sich durch die Transferaufgaben ein großer Teil des unverschuldeten, nicht auskömmlichen Wirtschaftens bis Ende 2019 erklären lässt. Unsere kum. rd. 23,5 Mio. € Verlust von 2016-2019 – ohne den Einmaleffekt der Sparreserve des AWW – sind die Folge des strukturellen Defizits, wie er seit Jahren besteht, weil wir immer zu hohe und zu viele Leistungen anbieten, Gebühren und Beiträge bei freiwilligen Leistungen immer zu günstig berechnen und die zu umfangreichen Maßnahmen auch noch ineffizient erfüllen. **Das ist nicht unverschuldet!** Diese Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht einfach immer weiter auseinander. Ihr Budgetentwurf schreibt diese Situation einfach fort. Die Reserven werden aufgebraucht – **Ideen, Rettung, Änderungsbereitschaft - Fehlanzeige.**

Daher halte ich den Entwurf 2016, wie schon den Haushalt 2015 für perspektivlos.

Das ist aber noch steigerungsfähig. Nach den Beratungen der Fraktionen trudelten sukzessive Mehrbelastungen ein. Das ist nicht ungewöhnlich, aber diesmal waren es **keine Wünsche der Politik**, die hatte nämlich fast 2 Mio. € (kum. über den Zeitraum) eingespart, es kam von der Verwaltung. Von der Anmietung von Räumen, über Personal, bis zu Zustellschreibtischen für Mitarbeiter war alles dabei. Das hat sich alles in den paar Wochen seit Haushaltseinbringung Mitte Dezember 15 verändert!?? Das Ergebnis sind rd. 5,5 Mio. € kum. Mehrausgaben bis 2019. In Anbetracht dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass wir die GFG Sätze des Landes und die Spardosenausschüttung des AWW benötigen, um gerade so der Haushaltssicherung für dieses Jahr zu entkommen. **Für 2017 sehe ich unter der Prämisse rot!**

2 Punkte ergeben sich für mich aus diesem Verhalten.

1. Eine Haushaltsberatung ist überflüssig. Da die Grundlage schon im Zeitpunkt der Beratung hinfällig ist. – Da könnte man sich auf die Zielüberprüfung beschränken und sagen lass die Verwaltung mal machen. – Das könnte ein Ziel der Verwaltung sein sich die Arbeit einfacher zu machen. Durch totale Verwirrung der Politik.

2. Die Planung war falsch und die zusätzlichen Punkte sind wirklich erst nach und nach aufgefallen. Das zeigt wenig Weitsinn und wäre fatal!

Wie dem auch sei, **wir müssen einen gemeinsamen Weg zu solider Finanzpolitik finden!** Mit den Einmaleffekten und der Anwendung der fiktiven GFG Sätze erkaufen wir uns Zeit. **Diese letzte Chance müssen wir nutzen!**

Dazu Frau BM Jürgens möchte ich Sie ermutigen – gehen Sie mit der Verwaltung voran und machen Vorschläge, so verschwenden wir weniger Energie, die wir dringend brauchen für eine positive Entwicklung unserer Stadt.

Ich fürchte nämlich, dass es sonst regelmäßig zu Auseinandersetzungen kommen wird, wie gleich wohl bei den Kitabeschlüssen.

Denn **Sparen und solide Finanzen sind ja kein Selbstzweck**, sondern die Grundlage für den Erhalt unserer kommunalen Selbstverwaltung. Wir Gronauer und Eperaner wissen nun einmal am Besten was wir hier brauchen als die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf. **Unsere Handlungsfähigkeit gilt es zu erhalten und außerdem dürfen wir auch nicht zu Lasten unserer Kinder leben, indem wir uns verschulden und die Substanz verbrauchen!**

Zum Thema **fehlende Konnexität** und **wirkungslose Abundanzabgabe** von jährlich 1 Million € rot-grüner Kommunalsoli will ich nicht viel sagen.

Der Tüchtige wird bestraft! Die Armen werden trotzdem nicht gerettet.

Mit dem System der Umlagenberechnung auf Basis fiktiver Hebesätze wird auch noch das letzte Stück kommunaler Selbstverwaltung abgeschnitten und auch noch das Recht einer Mindestausstattung an finanziellen Mitteln für die Kommunen unterwandert.

– DANKE FRAU KRAFT!

Gegen diesen Wahnsinn gehen wir z. T. schon gerichtlich vor, für weitere Klagen sind Mittel bereits geblockt und die Grundlagendaten, bei denen die Stadt Gronau im kommunalen Vergleich führend ist, werden klagefertig aufbereitet. In der Hoffnung, dass diese Wege erfolgreich sind, bevor wir, wie die meisten Kommunen in NRW in unzumutbare Steuersätze getrieben wurden, müssen wir unsere Hausaufgaben machen.

Städtische Steueroptimierung, Strukturänderungen und Effizienzsteigerung, sowie Sparen und /oder Prioritäten setzen sind unsere Themen, wo wir noch Reserven finden müssen!

Meine Damen und Herren, dazu sind wir alle gefordert!

Dem rot-grünen Druck aus Düsseldorf, die GFG Sätze für unsere Realsteuern anzusetzen, mussten wir nachgeben, um unsere letzte Handlungsfähigkeit zu bewahren und uns vor der Haushaltssicherung zu verstecken. Wir wollen die erkaufte Zeit sinnvoll nutzen und unsere Hausaufgaben machen, denn die GFG Sätze sind für uns eine Obergrenze! Auch wenn wir, wie Obelix, das letzte „Dorf“ sind das Widerstand leistet.

Weiterhin gilt es unsere Werte, wie Selbstverantwortung, Leistungsbereitschaft, Einigkeit, Rechtschaffenheit, unser christlicher Glaube und die persönliche Freiheit zu erhalten, dies gilt in finanzieller Hinsicht, aber besonders auch im Rahmen der Flüchtlingsentwicklung - verstärkt seit August 2015.

Wir haben zunächst einmal den politisch Verfolgten und aus den Kriegsgebieten Geflüchteten zu helfen. Das ist nicht nur Bestandteil unseres Grundgesetzes, sondern auch christliches Selbstverständnis. Im Rahmen der Hilfe müssen wir für Schutz und Wohnraum als Lebensgrundlage sorgen sowie Sprachförderung. Das ist noch lange keine Integration, sondern die Voraussetzung für freiheitliches und friedliches Zusammenleben. Weitergehend müssen wir Wege finden, wie diese Menschen im Rahmen Ihres Asylverfahrens auch selber einen Beitrag für sich und die Gesellschaft leisten können und damit auch unsere Art des Zusammenlebens und die bestehenden Strukturen kennen und verstehen lernen. Wir müssen Integration anbieten, aber Integration muss auch angenommen werden und **die Bereitschaft zur Integration können und müssen wir auch einfordern.**

Die Herausforderung ist sehr groß und bedarf einer ehrlichen Diskussion – auch uns selber gegenüber.

Wir werden die Herausforderung meistern, auch bei über 4 Mio. € in finanzieller Hinsicht, aber das bedeutet u. U. auch, dass der eine oder andere mal etwas weniger Aufmerksamkeit bekommt, aber **es wird niemand vergessen!** Wir werden Prioritäten setzen müssen und das wird sehr schwer werden. Ich bin davon überzeugt, dass auch dies eine Investition sein kann, die sich rechnet. Wir müssen es nur richtig machen und d. h. insbesondere, dass wir bestehende Gesetze konsequent und mit allem Nachdruck anwenden müssen – dass dies gegenüber **allen** Menschen in unserem Vaterland gilt ist selbstverständlich.

Wesentlich ist dabei, dass wir offen über die Situation und die Sorgen der Bevölkerung sprechen und diese ernst nehmen. Und das heißt besonders, dass wir keinen vergessen dürfen – alle Bürger, die bis dato unsere Hilfe und Unterstützung bekommen haben oder die städtischen Einrichtungen nutzen werden das auch weiterhin tun können.

Es gibt keine einfache Lösung! Wenn wir alle im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag leisten, dann werden wir am Ende der Flüchtlingskrise besser bestehen, als vorher. Auch aus diesem Grund müssen wir unseren Haushalt dauerhaft wirtschaftlich führen und unsere Einsparungs- und Verbesserungspotenziale erschließen, um u. a. diesen Weg auch zu Ende gehen zu können.

Ich danke den Mitgliedern der CDU Fraktion für Ihr Vertrauen und die Bereitschaft Ihre Sorgen über die Gewinnausschüttung beim AWW und die GFG Sätze zu überwinden, um uns noch etwas Zeit zu erkaufen. Diese Notwendigkeit war in 2015 nicht zu erkennen und auch mit den erfolgten Einsparungen in dem Budgetentwurf 2016 hätten wir noch auf eine Maßnahme verzichten können, aber die Nachträge der Verwaltung waren nicht mehr zu verkraften.

Ich hoffe dass wir gemeinsam die Zeit nutzen, um Investitionen in Wirtschaft und Arbeitsplätze zu ermöglichen und Strukturänderungen in steuerlicher und organisatorischer Weise umsetzen, damit wir nicht am Ende der Tage diesen Schritt bereuen, denn viele Kritikpunkte meiner letzten Haushaltsrede sind noch nicht angegangen worden.

Einmaleffekte sind einmalig und müssen **jetzt** Ihre Wirkung entfalten!

Ansonsten steigen wir dieses Jahr ab!

Trotz aller Bedenken **stimmen** wir dem Haushalt zu, um die **Handlungsfähigkeit zu erhalten.**

Machen wir uns auf den Weg und **entwickeln Gronau und Epe weiter!**

Vielen Dank und Gottes Segen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin ,,

.....

Es geht heute darum den HH 2016 zu verabschieden, in einer Zeit, die die Bundeskanzlerin heute im Bundestag als eine Zeit bezeichnet hat, in der wir vor der größten Herausforderung seit Jahrzehnten stehen. –

Auch für Gronau eine besondere Zeit, seit der Verabschiedung des letzten HH im Frühjahr 2015, ich meine eine Zeit des Aufbruchs, eine Zeit des Aufbruchs zu neuen Chancen auch und gerade für Gronau!

Wir erlebten in den vergangenen Monaten Menschen die sich zu einem Aufbruch gezwungen sahen aus Ländern, die sie als Flüchtlinge verlassen hatten. Es waren und sind Aufbrüche aus Krieg, Tod und Elend, Aufbrüche aus Terror und Hunger, Aufbrüche aus Angst vor Gefängnis und Folter, Aufbrüche aus Angst, die Familie nicht mehr ernähren zu können. -

Solche Aufbrüche gab es schon vorher: Lange wurden sie aufgehalten durch das Mittelmeer, wir haben sie nicht so hautnah wahrgenommen, diese Aufbrüche, für viele wurde aus der Chance auf ein menschenwürdiges Leben der Tod im Mittelmeer. Eine Schande für Europa, dass wir dazu lange geschwiegen haben.

Aber nun gab es sie die neue Chance, insbesondere durch die heute unter dem Namen Balkanroute bekannt: Ein wahrlich kleiner Teil der 60 Mio Menschen, die derzeit auf der Flucht sind, hat es nach Mitteleuropa geschafft, einige hundert auch nach Gronau. Menschen, die aufbrechen zu neuen Chancen, damit haben wir hier Erfahrung in Gronau: Dies wurde mir auf neuen Weise deutlich durch ein Gespräch:

Eine Mitbürgerin erzählte mir in der vergangenen Woche von einem Besuch bei entfernten Verwandten in den USA: Mit vielen anderen Eperanerinnen und Eperanern waren sie (die Vorfahren) im vorletzten Jahrhundert aus Epe weggezogen, weil sie damals als 3, 5 oder 7. Kind einer Familie keine Chance auf ein Auskommen, auf eine Existenz, auf ausreichend Nahrung usw. hatten. Viele kamen damals nicht in den USA an, wie gefährlich die Reise damals war, kann man im Auswanderermuseum in Bremerhaven erleben. Der Aufbruch aus Epe im 19. Jhd. brachte aber doch für manche die Chance auf einen Neuanfang im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Die Eper Mundart haben sie über mehrere Generationen bewahrt, einige haben heute noch Kontakte nach Epe. –

Das Thema Aufbruch und Flucht ist also bei uns nicht neu und doch anders als im 19. Jhd.:

Heute kommen Menschen bei uns an, werden unsere Mitbürger, die geflohen sind aus Ländern wie Syrien.

Seit fünf Jahren tobt dort ein Krieg, der aus einem Aufstand gegen das Regime hervorgegangen ist. Vor allem aber hat er sämtlichen Städten und Regionen massenhaft Tod und Zerstörung gebracht. Die staatlichen Strukturen zerfallen. Das Risiko für die Bevölkerung, Opfer von Gewaltakten zu werden ist sehr hoch und die Terrororganisation IS kontrolliert große Teile vor allem im Osten des Landes.

Menschen fliehen aus Afghanistan: Frauen, Männer und Kinder. Wir kennen die

lange tragische Vorgeschichte des Landes, über das jahrzehntelang immer andere bestimmt haben und wo das Leben und die Rechte der Bewohner geringen Wert hatten. Nach dem Ende von ISAF ist die Sicherheitslage in vielen Landesteilen instabil.

Sie brechen auf aus dem Irak, weiterhin eines der gewalttätigsten und gefährlichsten Länder der Welt. Durch Terroranschläge und Gewalttaten sind in den vergangenen Jahren unzählige Bewohner ums Leben gekommen.

Aus Eritrea und Somalia, zwei Ländern einer Katastrophenregion kommen Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen. In Eritrea, einer präsidialen Diktatur ohne Gewaltenteilung, wird die Lage seit Jahren durch den Grenzkonflikt mit Äthiopien bestimmt.

(Die Gesellschaft ist weitgehend militarisiert, Grundrechte können so gut wie überhaupt nicht wahrgenommen werden, es gibt Sondergerichte und zahlreiche Regimekritiker sind in den vergangenen 15 Jahren ohne rechtsstaatliche Verfahren verhaftet und an geheimen Orten inhaftiert worden.)

Gronau steht mit der Ankunft dieser Menschen (– aus all diesen Gründen –) insbesondere seit dem letzten Sommer vor einer großen Aufgabe. Und ich habe den Eindruck, dass sehr viele Gronauerinnen und Gronauer viele Eperanerinnen und Eperaner mutig und mit ganzem Herzen an diese Aufgabe gehen. Und dieses Herangehen an diese Situation, die bei uns wie ein Funke an einer Zündschnur war, war der Aufruf der Bürgermeisterin zur Herrichtung der Turnhallen: Dort und an vielen anderen Stellen gab es einen Aufbruch in unserer Stadt, einen Aufbruch zum Handeln in Solidarität. Die kurzfristige Herrichtung der Turnhallen für die Flüchtlinge ist nur ein Beispiel. Wenn ich an diesen Aufbruch zu neuen Chancen für Gronau denke, kommen mir Menschen in den Sinn, *von denen ich das niemals erwartet hätte, junge und Ältere, engagierten und engagieren sich in den Willkommencafés der Kirchengemeinde, in den Turnhallen und bei Sprachkursen, bei Aktionen wie Welcome-Dinner und Sportveranstaltungen mit Flüchtlingen. Einige arbeiten weniger, um sich in der Freizeit um Flüchtlinge zu kümmern, aber viele auch, die in ihrem normalen Arbeitsalltag aus alten Gewohnheiten aufgebrochen sind, weil es neue Herausforderungen gab:*

2 Beispiel:

Eine Lehrerin hat erstmals Kinder in ihrer Klasse, mit denen sie sich zunächst gar nicht verständigen kann (Und dabei sind Gronau Lehrkräfte schon einiges gewohnt: Es gab schon immer mal Kinder aus Russland, oder Polen, aus anderen Ländern, bei denen aber oft in der Klasse jmd. übersetzen konnte.)

Ein Arbeitgeber erlebt den Aufbruch als Chance für die Arbeitswelt, kümmert sich um Unterkunft für einen afrikanischen Flüchtling, den er unbedingt beschäftigen möchte, weil er so überaus engagiert und arbeitswillig ist. Nebenbei erzählt er seinen Stammtischbrüdern, die sich über die Flüchtlingssituation etwas negativer äußern: „Das ist doch wie ein kleines Wirtschaftförderungsprogramm, Wir können offene Stellen besetzen, die Leute geben das Geld in den Gronauer Geschäften gleich wieder aus, keiner von Euch (sagt es zu seinen Stammtischbrüdern) hat doch bisher einen Nachteil gehabt, oder?“ Die Antwort ob dieses Aufbruchs oder Ausbruchs ließ auf sich warten....

Meine Damen und Herren,

Meist sind es die persönlichen Begegnungen, die zu den Aufbrüchen bei unseren Mitbürgern führen, und daher ist es gut, dass wir durch die dezentrale Unterbringung, durch viele Initiativen, solche Begegnungen ermöglichen können.

Viele, die zu uns kommen, antworten auf die Frage, wie es ihnen geht und was sie machen möchten: ich möchte am liebsten arbeiten oder eine Ausbildung machen, oder studieren. Jedenfalls: etwas tun und vorankommen. Ihr Aufbrechen ist nicht zu Ende, sondern geht weiter.

Nicht jeder Traum wird in Erfüllung gehen – viele hoffentlich ja – aber dass wir in Gronau eine Stadt der Chancen sind für Flüchtlinge eine Hoffungsstadt sind, kann uns – noch während wir tief durchatmen angesichts der Aufgabe und der Verantwortung – kann uns auch etwas stolz machen.

Meine Damen...

Groß ist die Integrations-Aufgabe, kein Zweifel, vor der Gronau steht – wie ganz Deutschland, wie ganz Europa.

Aber erinnern wir uns:

Schon oft waren Gronau und Epe das Ziel von Menschen, die aufbrechen mussten: Gronau hat nach dem 2. Weltkrieg, in Zeiten von Hunger, Arbeitslosigkeit und vollständiger Entkräftung viele Heimatvertriebene und Flüchtlinge aufgenommen. In der Stadt gab es damals sehr wenige unbeschädigte Wohnungen, viele der einstigen Wohnungen waren zerstört. Wieviel besser ist unsere Situation heute!

Und Gronau und Epe haben es auch damals doch geschafft.

Aufbruch, Aufbau, Eingliederung und Hoffnung, das sind drei Faktoren, die für das Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre eine entscheidende Rolle spielten. Viele von unseren Eltern haben diese Zeit erlebt, haben vielleicht selbst Eltern oder Großeltern, die fliehen mussten.

Die Aufgabe heute klingt deshalb ähnlich und ist doch anders: Eingliederung wird ein langer Weg. Er beginnt mit Sprachkursen und Integration in Schulen.

Hier steuern wir um, um unserem Beitrag als Schulträger zu leisten.

Es geht weiter mit der Integration in den Arbeitsmarkt und in das soziale Umfeld. Die Frauen und Männer, die zu uns kommen, sprechen andere Sprachen, kommen aus anderen Traditionen und haben andere Wurzeln. Es gibt Probleme und Konflikte. Und die Herausforderung, der wir uns stellen, darf nicht klein geredet werden.

Das hilft niemandem; schon gar nicht den Flüchtlingen. Unterkünfte müssen schnell geschaffen werden und werden lange das Stadtbild prägen.

In fast jeder Ratssitzung geht es auch darum, es gab schon im Dezember Einigkeit, das wir auch selbst als Stadt zusätzliche Wohnungen brauchen, die SPD hat sie schon im Wahlprogramm gefordert: Jetzt immerhin wollen wir es angehen: Bezahlbaren Wohnraum für Flüchtlinge und Einheimische!

Wir müssen Kitas weiter ausbauen. Die Plätze sind sowieso nötig, weil immer

mehr Mütter nicht jahrelang auf Erwerbsarbeit verzichten möchten oder verzichten können.

Aber hier geschieht Integration noch am leichtesten: Ich denke an eine Familie aus Aserbaidschan, die seit gut einem Jahr in Gronau ist, wie mühsam war das Gespräch zwischen uns Erwachsenen, und wie leicht viel unseren Kindern die Kommunikation von der ersten Minute an:

Jeder zusätzliche Kitaplatz schafft schnell Integration und erspart später teure Sprachkurse usw. -Die Arbeit in den Kitas schafft Chancen, diese Aufbrüche brauchen wir.

Und doch: die öffentlichen Finanzen werden in ungeplanter Höhe in Anspruch genommen. Und weil wir die Größe der Herausforderung genau kennen und nicht unterschätzen, können wir doch sagen: wir kriegen das hin!

Wenn nicht wir Europäer es schaffen, wer dann? – Wir Europäer haben die Möglichkeit, uns ohne Angst vor Diktatoren und Unterdrückungsregimen zu engagieren.... Anders als in den Ländern aus denen die Flüchtlinge meist kommen.

–

Wenn nicht wir in Deutschland, es schaffen, wer dann? – Wir sind doch Exportweltmeister, und können derzeit sogar unsere öffentlichen Schulden zurückfahren, wer sonst?

Wenn nicht wir in Gronau es schaffen, wer dann? – Wir haben Jahrzehnte und mehr Erfahrung mit Menschen, die aus allen Herren Ländern zu uns kamen und hier ihr Brot und Auskommen erarbeitet haben.

Ja, wir leisten Unterstützung – und gleichzeitig werden wir Anforderungen stellen: Die demokratische, säkulare und tolerante Gesellschaft, (Gronau habe ich persönlich immer als besonders tolerante Stadt erlebt) diese Stadt, die die Flüchtlinge freundlich aufnimmt, verändert sich weiter, aber sie wird auch weiterhin demokratisch, säkular und tolerant sein!

(Wir werden darauf bestehen, dass nicht nur Nahrung und Hilfsangebote, sondern auch unsere Werte weiter gegeben werden. Werte von Leistung und Zuverlässigkeit, die unsere Arbeitswelt prägen, freiheitliche Werte, von Selbstbestimmung und Respekt, die den Umgang mit Religion und Sexualität bestimmen und politische Werte der Partizipation und Anerkennung von Opposition.)

Meine Damen ...

Schon vor 2 Jahren hat die Gronauer SPD zum Thema Flüchtlinge einen angesehenen Referenten nach Gronau geholt: Manche von Ihnen waren im WZG dabei: Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung der Münsteraner Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer war viel unterwegs in den Herkunftsländer unserer Flüchtlinge und wies uns auf sehr nachdrücklich auf folgenden zentralen Satz unseres GG hin: Die Würde des Menschen ist unantastbar. – nicht die Würde des Deutschen ..., auch nicht die Würde des

**Europäers , nein hier gibt es keine Einschränkung. Die Botschaft , die uns die „sog. „Väter und Mütter“ des GG damit auf den Weg gegeben haben, löst nicht alle Probleme- aber an dieser Verpflichtung kommen wir nicht vorbei, auch insbesondere kommen diejenigen unserer Mitbürger nicht vorbei, die in Montagsdemos von europäischen Werten faseln, meine Damen und Herren, welche Werte sollen das denn sein, wenn der Wert der Menschenleben, die im Mittelmeer ersaufen, dabei scheinbar keine Rolle spielt?
Der sogenannte Wert dieser Menschen „Wir Deutschen zuerst“ kann doch wohl nur Egoismus genannt werden.**

Weit jenseits unserer Werte- und unserer Rechtsordnung stehen für mich daher diejenigen, die Flüchtlingsunterkünfte anzünden und Menschen bedrohen, womöglich gewalttätig angreifen.

Leider auch im Kreis Borken, wurde kürzlich von 5 Übergriffen berichtet, nach meiner Information aber keiner in Gronau. Ic hoffe das bleibt so.

Weit jenseits von demokratischen Werten stehen auch alle, die Argumente durch Ressentiments ersetzen und die Gesellschaft spalten, statt zu erkennen, dass das Gegenteil gefragt ist: zusammenhalten.

Und ich bin froh, dass in Deutschland eine so deutliche Mehrheit die öffentliche Diskussion bestimmt, die für den Zusammenhalt steht. Und dabei können wir uns auf engagierte Medien, die kontrovers, investigativ und an Fakten orientiert arbeiten, verlassen; Medien, denen es gelingt, ein so hoch emotional besetztes Thema zu strukturieren und die Gefühle trotzdem zuzulassen.

Wir stehen für eine Stadt, die von ihrer Vielfalt lebt.

Wir erkennen immer klarer, dass die Welt so oder so näher zusammenrückt und dass es gut ist, diese Entwicklung zu gestalten.

Gronau wird einen eigenen Beitrag leisten. Wir haben den Entwurf eines Integrationsplanes in der letzten Ratssitzung beschlossen.

Wir nehmen die Herausforderung an und finden Lösungen. Das betrifft aktuell zu allererst die Unterbringung. Viele Unterkünfte sind durch vereinte Anstrengungen schon geschaffen worden. Wir werden auch weiterhin mit Provisorien leben müssen, das geht gar nicht anders. Weder hier noch sonst wo auf der Welt. Und doch: Wir werden stolz sein können, dass wir uns kümmern, dass wir nicht nachlassen, unsere Kräfte zu bündeln, und gemeinsam anzupacken.

Die Mitarbeitenden in der Verwaltung leisten in dieser Zeit Großes und die Zustimmung und mit Hilfe der Gronauer und Eperaner ist ebenfalls weiterhin groß. Ich bitte alle, darin nicht nachzulassen. Und vor allem: Danke für das Engagement!

**Meine Damen und Herren,
inwiefern stellt nun der HH 2016 einen Aufbruch dar? -**

Wenn ich an die vielen Absichtsbekundungen der Koalitionsmehrheit aus CDU UWG und FDP denke und an die PM nach der HH Klausur wurden bei uns Bürgern große Erwartungen geweckt:

„Ambitionslos“ – mit diesem Prädikat belegte die selbst ernannte

Gestaltungsmehrheit den von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsentwurf in ihrer Berichterstattung zur Haushaltsklausur. Und das im Hinblick auf die Vorschläge, das Abwasserwerk zu rekommunalisieren und die Realsteuersätze auf das Niveau des Gemeindefinanzierungsgesetzes festzulegen, um so dem Damoklesschwert einer Haushaltssicherung entgegen zu wirken. Die Zustimmung zum Haushaltsentwurf sei vielmehr von Ausgabenkürzungen und dringend notwendigen Umstrukturierungen abhängig, die dann noch erzielt werden müssten. Auf diesen Aufbruch durfte man gespannt sein: Und nun: Atemlos – so haben viele Gronauer Bürgerinnen und Bürger – und auch ich – diesem großen Wurf entgegen gesehen, der den Gronauer Haushalt aus dem tiefen Tal der Tränen und der Ambitionslosigkeit herausretten sollte.

Sprachlos – war ich, als ich vom Kern dieses Paradigmenwechsels erfuhr: Die Verwaltung hatte erkannt, dass schmucke Etikett der Fairtrade-Stadt, mit dem sich die Stadt Gronau schmückt, bisher vor allem dem Wirken einer ehrenamtlich tätiger Steuerungsgruppe zu verdanken ist. Folgerichtig wollte sie diesen enthusiastischen Gronauer Bürgerinnen und Bürgern der AG „Fair Trade“ einen Betrag von 3.000,00 € zur Verfügung stellen, um ureigenste Aufgaben der Stadt auch erfüllen zu können. Lächerlich – hier konnte der Sparhebel zum ersten Mal mit aller Kraft ansetzen: 2.000,00 € mussten ja wohl genug sein. Heureka! 1.000,00 € für den ambitionslosen Haushalt gerettet. Es geht also doch!

Aber damit nicht genug: Es fehlte noch etwas – nun sagen wir – epochales, um der Verwaltung zu zeigen, wie man einen Haushalt mal so richtig auf links zieht. Diesen Stein der Weisen hat dann die CDU für sich entdeckt: Da stellt die Stadt Gronau doch tatsächlich kostenlos Hundekotbeutel zur Verfügung, und gleich 50 pro steuerpflichtigen Hund, was insgesamt zu einem Aufwand von 1.800,00 € pro Jahr führt! Allerdings hatte selbst die CDU erkannt, dass ihr dieses gewaltige Sparpotential für das Jahr 2016 bereits durch die Lappen gegangen war, da die Berechtigungsscheine für 50 Hundekotbeutel pro steuerpflichtigen Hund von der Verwaltung bereits mit den Abgabenbescheiden und Abfallmarken für das Jahr 2016 verschickt worden waren. Dieser Schatz könnte also frühestens für das Jahr 2017 gehoben werden.

Ach ja, und der ambitionslosen Verwendung der Überschüsse aus dem Abwasserwerk für den städtischen Haushalt und der ebenso Festlegung der Realsteuersätze auf das Niveau des Gemeindefinanzierungsgesetzes wird dann die Koalitionsmehrheit wohl doch zustimmen.

Wer der Verwaltung Ambitionslosigkeit vorwirft, von dem hätte ich mehr Kreativität erwartet!

Für die SPD-Fraktion haben wir den HH Entwurf 2016 vor allem untersucht auf die Frage hin;

Was bedeutet er für die zentralen Themen der Stadt, gibt es mit diesem HH weiter voran, gibt es Aufbrüche auf dem Weg für die wichtigen Themen:

- **Was macht die Innenstadt: hier hätten wir uns mit einer Kombination aus Einzelhandel und Rathaus Synergien und auch eine schnellere Lösung vorstellen können, aber es geht weiter, wenn auch langsam.**
- **Schulentwicklung: Hier hat die Verhinderungsmehrheit mit der**

Verabschiedung des Kostenrahmens für die Schulen des gemeinsamen Lernens wochenlang Zeit vertrödelt, aber jetzt geht es weiter, alle können mit dem Ergebnis leben, hier ist auch eine Investition, die der Integration zugute kommt (Schulen nicht gegeneinander ausspielen)

- **Der Soziale Wohnungsbau: Auch hier gab es Verzögerungen: Die Koalition konnte sich nicht auf ein Modell für eine städt. Gesellschaft einigen und der Punkte musste im Jan. wieder vertagt werden. Mittlerweile sind wir einen halben Schritt weiter, das macht Hoffnung, vor allem. Dass es große Einigkeit gibt, dass wir zügig bezahlbare Wohnungen brauchen und zwar für Einheimische und Flüchtlinge!**
- **Kommunales Baulandmanagement**
- **Soziale Stadt im Stadtwesten: Mittel für Voruntersuchungen sind im HH eingestellt. Wir hoffen, dass es dann auch bald losgeht**
- **Feuerwehr – da ist vieles auf den Weg gebracht, dass nach dem Brandschutzbedarfsplan nur auch der Neubau auf den Weg gebracht wird**
- **Sorgenkind ist weiterhin unser Rathaus: Wir können Gronau nur mit der guten Arbeit der Verwaltungsmitarbeiter voranbringen, daher ist es nicht ok, dass wir hier durch den Denkmalschutz wertvolle Zeit verloren haben, uns um ordentliche Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden zu kümmern.**
- **Meine Damen...**
- **Insgesamt überwiegen im HH die Positionen, die wir mittragen, daher stimmen wir zu. –**

Viele Themen und Aufgaben sind nur mit der Hilfe und Unterstützung des Ehrenamtes zu bewältigen. Hier ist unter Anderem der Arbeit der Freiwilligenzentrale ein besonderes Augenmerk und Unterstützung zu geben. Die getroffene Entscheidung, dem Antrag der Erhöhung der Zuwendung auf 12000 Euro nicht zu entsprechen und die 10.000 Euro noch mit einem Sperrvermerk zu versehen, halte ich für kontraproduktiv.

((((Die Begründung, dass es Unklarheit in der Besetzung des Vorstandes und somit der Ordnungsmäßigkeit gäbe, ist nicht nachvollziehbar, da 2 Mitglieder (DRK und Caritasverband) Unterstützung in der Suche eines neuen Vorstandes zugesagt haben und eine Mitgliederversammlung noch ansteht))))

Die Stadt Ahaus gibt jährlich 33.185 Euro für die Freiwilligenzentrale!

evtl:

Der demografische Wandel wird eine weitere große Herausforderung werden. Hier ist die Arbeit von Frau Brefeld und des Seniorenbeirates zu unterstützen, vorhandene Angebote und die Träger zusammenzubringen. Die Schirmherrschaft für das Projekt "Gemeinsam für ein besseres Leben im Alter" durch Sonja ist hier ein guter und richtungsweisender Zug. Die Aufgabe des demografischen Wandels sehe ich persönlich als Querschnittsaufgabe, die sich durch nahezu alle wichtigen Themen ziehen wird, von der Entwicklung der Innenstadt beginnend. Der Seniorenbeirat hat sich bereits Themenschwerpunkte für seine Arbeit gesetzt, die diese Querschnitts- und Vernetzungsarbeit betonen

Meine Damen....

Eine Zeit des Aufbruchs, aber wo geht es hin mit Gronau mit einem Land in dem Rechtsparteien wieder salonfähig werden:

Klar ist auch, dass Fortschritte im Kampf gegen Fluchtursachen erzielt werden müssen, auch wenn diese Ursachen komplex und in vielen Fällen unser Einfluss gering ist. – Wenn der Grundgesetzsatz gilt, und solange es unseren Rechtsstaat gibt, muss er gelten, werden wir nicht umhin kommen, uns ernsthafter als bisher um das Elend der Menschen in den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge zu kümmern. Solange das Elend so groß ist, werden sich die Leidgeplagten nicht dauerhaft durch Stacheldraht oder Mittelmeer aufhalten lassen. Wenigstens diese Erkenntnis sollte zu der Erkenntnis führen, dass wir aufbrechen müssen zu einer weltweiten Solidarität, um die Fluchtursachen wirklich anzupacken: Dabei fangen wir nicht bei null an: Die Gronauer und Gronauerinnen kümmern sich ja nicht nur um, Flüchtlinge hier. Schon lange gibt es Aktionskreise und Initiativen für die sog 3. Welt Kongokreis und Pater Beda, Nigeraktiv und Schwester Ulrike... sind nur einige Stichworte. – Fairtrade geht nun einen Schritt weiter und versucht zu verhindern, dass wir durch unseren tägl. Konsum nicht noch weitermitwirken die Fluchtursachen zu erhöhen! – Das ist das mindeste was wir versuchen sollten. Das Fairtrade-Engagement ist ein guter Anfang, es sollte mehr werden als eine Plakette. ...

Meine Damen..

Vielleicht denken Sie, was können wir bei dem Thema Fluchtursachen und Flüchtlingspolitik schon ausrichten. Ich dachte dabei an ein afrikanisches Wort, dass ich vor 20 Jahren in einer Gronauer Pfadfindergruppe kennenlernte: „Wenn viele kleine Menschen an vielen kleinen Orten, viele kleine Dinge tun, kann sich das Gesicht der Erde verändern“



Fraktion im Rat der Stadt Gronau

Stellungnahme zum Budgetentwurf 2016 der Stadt Gronau

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Jürgens,
sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Jahr wiederholt sich das gleich Prozedere. Zum Jahreswechsel bringt die Verwaltungsleitung den Budgetentwurf für das kommende Jahr ein und nach den mehr oder weniger aufreibenden Fachausschussberatungen wird der Haushalt mehrheitlich beschlossen, damit die Stadt handlungsfähig bleibt.

In diesem Jahr stellt sich die Frage der Handlungsfähigkeit in besonderer Weise für die **UWG**-Fraktion. Sind wir wirklich noch handlungsfähig? Sind wir als Kommune tatsächlich noch selbstbestimmt? Ist die **Selbstverwaltungsgarantie**, welche uns mit Verfassungsrang zusteht, noch gegeben?

Das Grundgesetz ist dieser Tage ja in aller Munde, wenn auch meist in einem anderen Zusammenhang, aber dazu an anderer Stelle mehr. Schauen wir uns doch einmal an, was das Grundgesetz im Artikel 28 zur kommunalen Selbstverwaltung sagt. In Absatz 2 heißt es - Zitat:

*„Den Gemeinden **muß** das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung **umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung**; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“*

Das hört sich doch erst einmal ziemlich gut an, wie ich finde. Wie sieht es aber in unserer Realität aus? Jeder zweite Euro unseres Haushalts wird für sogenannte „Transferaufwendungen“ aufgebracht. Die wenigsten davon können wir beeinflussen, die meisten werden uns durch Entscheidungen von Bund und Land diktiert.

Aber **„Halt!“**, sie werden uns gar nicht **„diktiert“**. Wir dürfen ja frei entscheiden (sagt doch schon das Grundgesetz). Zwang ist deshalb nicht möglich und hört sich auch so unschön an. Deshalb wird gerne einen anderer Trick eingesetzt. Wir werden sanft in die richtige Richtung geschoben! Das nennt man neudeutsch **„Nudging“**. Hört sich irgendwie nett an und kommt vom englischen Begriff für Schubs oder Anstoß und funktioniert wie folgt:

Beispiel 01 – Die Schulpolitik:

Der Elternwille ist ein hohes Gut und wird natürlich von allen politischen Akteuren geachtet. Allerdings ist die Interpretation des Elternwillens nicht so einfach, da es keine einheitliche Willensbekundung gibt. Zusätzlich gibt es einen starken Widerstreit zwischen den Verfechtern des gegliederten Schulprinzips und den Anhängern der neuen Schulformen des längeren gemeinsamen Lernens. Eine äußerst komplexe und hoch emotionale Thematik, wie auch die Diskussion in unserer Stadt zeigt. Wie könnte die Landesregierung dieses Problem lösen? Ganz einfach, sie erlässt klare Gesetze und Verordnungen und regelt damit die Schullandschaft in ihrem Sinne – Problem gelöst!

Ganz so einfach ist es aber nicht, denn dann müsste das Land ja auch sagen, wie das alles bezahlt und ausgeführt wird. Das ist unbequem und teuer und deshalb bleibt die Landesregierung in ihren Ausführungen lieber vage und gibt nur ein paar Rahmenbedingungen vor, welche uns dann schon in die „richtige“ Richtung führen. Wenn man beispielsweise **G9** für sein Kind wünscht ist das kein Problem, auf der Gesamtschule geht das. Auf dem Gymnasium gilt weiterhin **G8**. Die Entscheidung liegt ganz bei den Eltern, oder etwa nicht?

Beispiel 02 – Die Finanzpolitik:

Wie bereits ausgeführt sichert das Grundgesetz uns die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung zu. Wir können selber über die Höhe unserer steuerlichen Einnahmen entscheiden. Das ist toll! Würde auch funktionieren, wenn es da nicht das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz (kurz GFG) geben würde, wonach das Land Jahr für Jahr einen fiktiven Steuerhebesatz berechnet und danach die Kommunen zur Kasse gebeten werden. Wenn wir also unter dem fiktiven Hebesatz bleiben und damit unsere Bürger/innen und Unternehmen entlasten, nehmen wir weniger Geld ein als sich das Land **ausgedacht** hat (denn nichts anderes heißt fiktiv) Das ist nicht so toll, denn unsere Belastungen wie Kreisumlage etc. werden natürlich auf die **ausgedachten** Hebesätze und nicht auf die **realen** Satz berechnet. Auch hier sollen wir also in die „richtige“ Richtung geschubst werden, nämlich die Steuern Jahr für Jahr anzuheben.

In der Vergangenheit haben wir uns nicht schubsen lassen und deshalb durften unsere Bürger/innen **6,8 Millionen Euro** weniger Steuern zahlen als sich die Landesregierung ausgedacht hatte. Das war prima für die Menschen in unserer Stadt, aber nicht so schön für unseren Haushalt, da uns deshalb nämlich 13,6 Millionen Euro in unserer Finanzplanung fehlen. Klingt blöd, ist aber so!

Ich könnte Ihnen noch weitere Beispiele nennen, wie z.B. den Bereich der Kitafinanzierung, wo wir eine Unterdeckung von über **8,0 Millionen Euro** haben – Jahr für Jahr! Zur nicht auskömmlichen Finanzierung der Inklusion und der Abundanzabgabe in Höhe von **1,0 Million Euro** habe ich im letzten Jahr schon alles gesagt. Die Wiederholung schenke ich mir und Ihnen deshalb.

Wenn man sich die vorgenannten Summen vor Augen führt, wird einem schnell klar, warum unser Haushalt sich trotz Steuereinnahmen von **74,0 Millionen Euro p.A.** mittelfristig auf die Haushaltssicherung zubewegt. Mit anderen Worten:

„Wir sind gleichzeitig reich aber auch pleite!“

Und warum sollten wir dem Haushalt in diesem Jahr zustimmen, wenn wir doch ständig gedrängt werden Dinge zu beschließen, die wir eigentlich so nicht wollen?

Die Alternative wäre es, ganz bewusst in die Haushaltssicherung zu gehen und damit die kommunale Selbstverwaltung ein Stück weit aufzugeben. Das kann man machen, manchmal bleibt einem sogar gar nichts anderes übrig. Aber es wäre aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt fatal, da wir noch nicht die gestalterischen Beschlüsse umgesetzt haben, die wir uns hier gemeinsam für unsere Stadt vorgenommen haben. Zum einen gehört die Innenstadtentwicklung dazu, wo wir in diesem Jahr den Wettbewerb für das „Hertiegebäude“ durchführen wollen, zum anderen planen wir den Bau einer neuen Feuer- und Rettungswache. Ebenso müssen wir die Umgestaltung der Schullandschaft weiter voran bringen und eine Lösung für die Rathausproblematik mit unserem schmucken „denkmalwürdigen“ Deilmann-Bunker finden, was nicht so einfach sein wird.

Außerdem glaube ich fest an den Gedanken der Selbstverwaltung im Sinne des Grundgesetzes und hoffe, dass wir mit unseren Klagen gegen das Land aufgrund der ständigen Verletzung des Konnexitätsprinzips Erfolg haben werden. Wenn nicht, ist es sowieso das Ende der kommunalen Selbstbestimmung. Dann brauchen wir uns hier nur noch treffen, um darüber zu beraten, ob wir eine neue Straße lieber nach Herrn Müller oder Frau Meier benennen wollen. Der Rest ergibt sich dann eh von ganz allein!

Aber nicht alle Dinge sind durch Dritte verschuldet. Auch wir selber haben dazu beigetragen, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Grundsätzlich wird in Gronau immer noch gerne eine „*Schippe extra drauf gepackt*“, besonders bei den freiwilligen Leistungen. Nicht das Sie mich falsch verstehen, meine Damen und Herren, freiwillige Leistungen sind gut und richtig, da sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern auch eine Anerkennung für soziales Engagement sind. In unserer Stadt bieten wir gute Leistungen für unsere Bürger/innen an. Aber das Geld, welches verteilt werden soll, muß auch erst einmal eingenommen und verdient werden.

Aus diesem Grunde haben wir auch darauf geachtet, dass wir bei den diesjährigen Haushaltsberatungen Einsparpotentiale und Veränderungen in den Fokus nehmen, bevor wir neue Wohltaten verteilen. Dadurch konnte die Jahresplanung um ca. **1,1 Millionen Euro** verbessert werden. Hierin enthalten sind Einsparungen in Höhe von ca. 350 TEURO ohne das Leistungsspektrum in unserer Stadt zu gefährden. Das ist deutlich mehr als der AK Finanzen seit seinem Bestehen hinbekommen hat. Natürlich werden die Kollegen von der Opposition jetzt sagen, dass das alles nur Luftnummern sind und die paar tausend Euro den Haushalt eh nicht retten... et cetera pp.

Das habe ich alles schon gehört und ist es auch rein rechnerisch richtig. Aber wie heißt es ebenfalls so schön: „*Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt!*“ und das gilt auch und **vor allem** für neue Wege. Deshalb fordere ich sie auf, lassen sie uns gemeinsam darüber diskutieren, welcher Weg und welche Verteilung einzuschlagen sind.

Sie wollen ein paar tausend Euro mehr in die Fairtradearbeit investieren, Projekte der Entwicklungsarbeit fördern, oder der Kirche einen Zuschuss zur Sanierung gewähren? Gut können wir machen, dann sagen sie aber auch, wie wir das Geld umschichten sollen. Also wer bekommt weniger, welche Aufgabe wird geringer gefördert, welche Maßnahme wird stattdessen nicht gemacht!

Aber hier ist dann meistens das Ende der Diskussion erreicht, denn vor dieser Verantwortung drücken sich die Kolleg/innen von **SPD**, **Linke** und **GAL** eigentlich jedes Mal. Besonders im Jugendhilfeausschuss spielen Finanzen offenbar keine Rolle. Dort werden mit schöner Regelmäßigkeit Beschlüsse gefasst, welche Mehrausgaben bedeuten. Und zwar nicht, weil es uns das Land oder der Bund vorschreibt, sondern weil es die rot-rot-grüne Mehrheit des Ausschuss so will. 8.800 Euro zusätzlich für das Projekt „Welcome 2016“, oder Mehrkosten in Höhe von 73 TEURO für den Betrieb einer neuen KITA? Kein Problem, das Geld kommt ja von der Bank, genauso übrigens wie der Strom aus der Steckdose...

Natürlich ist so eine Debatte anstrengend und uns ist auch nicht damit geholfen, die einzelnen Fachbereiche gegeneinander auszuspielen. Alles ist wichtig, sei es Jugendhilfe, Sportförderung, Kultur, Sozialleistungen, Natur- und Umweltschutz und der Baubereich. Es muss aber auch alles bezahlt werden! Gerade einigen Leserbriefen kann man ja manchmal verblüffend einfache Lösungen entnehmen, wo man sich als Ratsmitglied unweigerlich fragt, warum man da nicht schon längst selber drauf gekommen ist. Besonders die einfache Bürgerin mit dem nervösen Magen, Frau Hüsing-Hackfort (auch bekannt als die SPD-Stimme des „gesunden Menschenverstandes“) unterstellt uns Ratsmitgliedern ja gerne wahlweise Inkompetenz, eine mindere Auffassungsgabe, oder Hörigkeit gegenüber wohlhabenden Bürgern.

Als ich anlässlich der öffentlichen Diskussionen um die B-Plan Änderung „Küfürstenstraße“ in der Bauverwaltung nachfragte, ob man mir einmal eine Übersicht der positiven Einzelfallentscheidungen der letzten 5 Jahre geben könne, meinte der Mitarbeiter nur ganz trocken:

*„Können wir auch eine Liste der **abgelehnten** Entscheidungen machen, dann sind wir schneller fertig damit...“*

Sie sehen also, nicht immer ist die Sachlage so klar und einfach wie sie vermeintlich erscheint. Nehmen wir z.B. die aktuelle Asyl- und Flüchtlingssituation. Auch hier hilft ein Blick in das Grundgesetz. In Artikel 16a Absatz 1 heißt es - Zitat:

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Kurz und eindeutig formuliert. Die folgenden Absätze regeln dann für welche Länder und unter welchen Bedingungen dieses Grundrecht gilt, aber nirgendwo steht geschrieben, dass es ein Asylrecht aufgrund von Vertreibung durch Krieg, Bürgerkrieg, Hunger oder aus wirtschaftlichen Gründen, etc. gibt. Allerdings sind auch Vorgaben aus dem „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ (besser bekannt als „Genfer Flüchtlingskonvention“) und der Dublin III Verordnung der EU mit der Nr. 604/2013 zu berücksichtigen. Diese Verordnungen regeln insbesondere den Status von Flüchtlingen und sind ebenfalls geltendes Recht in Deutschland.

Aber auch hier gibt es klare Vorgaben, wie die Definition sicherer Drittstaaten, sowie die Vorgabe einer Individualprüfung. Die Bundesregierung hat im vergangenen Sommer diese Gesetze teilweise außer Kraft gesetzt, da sie eine akute Notlage auf der sog. „Balkanroute“ erkannt hatte. Egal, ob diese Entscheidung historisch gesehen richtig oder falsch war, bedeutet das für uns, dass wir bis zum Jahresende geschätzt 1.000 schutzbedürftige Menschen in unserer Stadt unterbringen und versorgen müssen.

Bisher hat das ganz gut geklappt, trotz einiger Verunsicherung in der Bürgerschaft und des mancherorts vorherrschenden Unmutes über die getroffene Entscheidung der Bundesregierung. Damit es weiterhin funktioniert werden wir alle uns weiterhin anstrengen und auch Verzicht üben müssen, denn auch diese Leistungen sind nicht auskömmlich gegenfinanziert. Derzeit geht die Verwaltung von einer Unterdeckung von **1,0 Million Euro** für diesen Bereich aus. Wenn wir die Aufgabe aber gerecht auf alle Stadtteile verteilen und wir die Ängste und Sorgen unserer Bürger/innen ernst nehmen, dann können wir diese Aufgabe bewältigen davon bin ich fest überzeugt!

Wir haben im vergangenen Jahr einiges erreicht, z.B. haben wir erfolgreich die Fusion mit der Sparkasse Westmünsterland durchgeführt. Ein Vorhaben, was in den vergangenen Jahren immer wieder aus den unterschiedlichsten Gründen gescheitert ist. Nun ist unsere Sparkasse sicher für die Zukunft aufgestellt.

Wir haben zwei neue Kunstrasenplätze für Fortuna Gronau und Vorwärts Epe gebaut und damit unsere Zusagen gegenüber den Fußballvereinen eingehalten.

Wir haben nach Jahren endlich einen neuen Vertrag mit dem Kreis Borken über den weiteren Betrieb einer gemeinsamen Feuer- und Rettungswache geschlossen und den Brandschutzbedarfsplan verabschiedet.

Außerdem haben wir bisher 520 Männern, Frauen und Kindern in unserer Stadt Schutz und Hilfe gewährt. Zum Vergleich: EU-Mitgliedstaat Polen hat im vergangenen Jahr **150** Syrer aufgenommen und die Supermacht USA ganze **1.500**. Wenn ich so viel Geiz und Kleinherzigkeit (übrigens beides Todsünden für gläubige Katholiken) sehe, bin ich froh und auch stolz Deutscher sein zu dürfen!

Sie hören also meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun und deshalb müssen wir handlungsfähig bleiben.

Vielen Dank!

Jörg von Borczyskowski
(Fraktionsvorsitzender)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren
sehr geehrte Presse,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Heute, in meiner erst dritten Sitzung im Stadtrat überhaupt, darf ich bereits interimswise Herrn Schwartze vertreten und eine Rede zum Haushalt 2016 halten. Ich bitte daher um Nachsicht, wenn nicht gleich ein Profiredner vor Ihnen steht.

Nach den umfassenden Informationen bisher sehen Sie mir nach, wenn ich mich kürzer fasse

Ich stütze mich dabei auf die bereits vorbereitete Haushaltsrede von Herrn Schwartze, dessen Ausführungen hier (mit) einfließen.

Lassen Sie mich einleitend mit den abschließenden Worten seiner Haushaltsrede vom vergangenen Jahr beginnen

"Ob wir trotz aller örtlichen Konsolidierungsbemühungen schon vor dem finanzpolitischen Abgrund stehen oder bald hineinfallen werden, hängt ganz wesentlich davon ab, dass das Land NRW endlich damit beginnt, politische Wohltaten, die es erfindet und erfunden hat, auch selbst, und zwar vollständig, zu bezahlen. "

Diese Worte sind heute, mehr noch als vor einem Jahr, von höchster Dringlichkeit.

Damit bin ich dann auch schon beim Kern unseres aktuellen Haushaltentwurfes 2016.

Dazu sollte zunächst jeder bedenken: der Haushalt ist nur eine Planrechnung, d. h. er ist nur eine bloße Schätzung, welche Einnahmen und Ausgaben wir im kommenden Jahr haben werden und in den Folgejahren bis 2019. Die Zahlen des Haushalts sind also, um das noch einmal ganz klar hervorzuheben, nur das Ergebnis von Schätzungen und nichts mehr.

Anders ist das in unseren Bilanzen: Nur dort stehen die Summen unserer tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben.

Seit 2008 bilanzieren die Kommunen in dieser Weise, aber der Haushalt nimmt in der politischen Diskussion heute noch immer einen viel zu hohen Stellenwert ein. Viele haben sich an den Dualismus und die gegenseitige Bedingtheit dieser beiden Finanzrechnungen noch nicht so recht gewöhnt. Das resultiert aus der kommunalen Vergangenheit, als der Haushalt das einzige Instrument kommunaler Finanzrechnungen war. Heute ist das anders.

Natürlich kommt unsere Finanzwirtschaft auch heute nicht ohne Planung, also nicht ohne Haushalt aus.

Während die Bilanz aus Ist-Daten gebildet wird, basiert der Haushalt auf reinen Schätzungsdaten.

Dies hebe ich bewusst wiederholt so hervor.

Warum?

Weil genau dadurch Unsicherheit, Verzagttheit, übertriebene Vorsicht – also Angst – ins Spiel kommen. Das führt dann dazu, dass Einnahmen eher zu gering, Ausgaben dagegen recht hoch, vielleicht sogar übertrieben hoch, geschätzt werden.

Diese Angst traumatisiert offenbar zur Zeit die Chefetage unseres Rathauses und unseren Kämmerer scheinbar ganz besonders.

Als das Ergebnis dieser Angst liegt der Haushaltsentwurf 2016 heute vor Ihnen auf dem Tisch. Dieser Angst-Entwurf hätte aufgrund gesetzlicher Regelungen ein Haushaltssicherungskonzept zur Folge. Nicht etwa, weil das Ergebnis so wie geplant eintreten wird, das weiß nämlich keiner und das spielt auch gar keine Rolle.

Maßgeblich ist, dass allein die ängstlichen Schätzungsdaten im Plan die Haushaltssicherung zur Folge hätten, allerdings nur dann, wenn wir daran nichts ändern würden. Logisch wäre es also, nun die Schätzungsdaten zu modifizieren, was durchaus möglich ist, auch im Rahmen des rechtlich Zulässigen.

Das Naheliegende tun wir aber nicht. Stattdessen sollen im kurzfristigen Zeitraum (2016 also) unumkehrbare Fakten mit unmittelbaren

finanzwirtschaftlichen Auswirkungen geschaffen werden, um dadurch dann der planerisch bedingten Haushaltssicherung zu entgehen.

Einige dieser Fakten werden richtig gesetzt, andere dagegen ziemlich falsch. - Das nenne ich:

Sieg der Angst über Verwaltung, Rat und Haushalt der Stadt Gronau 2016.

Das ist zwar schlecht, aber wohl noch nicht tragisch zu nennen und würde mich nicht dazu verleiten, dem Haushalt *nicht* zuzustimmen; denn ein schlechter Haushalt ist immer noch besser, als gar kein Haushalt und außerdem ... viele der Schätzungen werden eben anders eintreten, als heute geschätzt.

Das Kernproblem ist in unserem Haushaltsansatz nicht die Kommunalpolitik und unsere Ausgabenstruktur, es ist und bleibt die Politik des Landes und auch die des Bundes auf Kosten der Kommunen.

Kita, Inklusion und Abundanz, die teuersten Beispiele für Wohltaten vergebende Politik auf unsere Kosten mit einem jährlichen Defizit von über 10 Mio. €, auch in 2016, allein hier in Gronau!

Dass wir das aus eigener Kraft nicht ausgleichen können, haben wir 2015 schon festgestellt und vereinbart, die Verfassungsgerichtsbarkeit zu Hilfe zu rufen zur Durchsetzung des Konnexitätsprinzips und der auskömmlichen Finanzierung als Kernbestandteil kommunaler Selbstverwaltung.

Uns bleibt keine Wahl, hier müssen wir konsequent und schneller vorankommen, als im vergangenen Jahr.

Wir müssen mit unserer Haushaltspolitik Zeit kaufen bis wir zu den angestrebten gerichtlichen Entscheidungen gekommen sind, denn wenn sich daraus keine Entlastung ergibt, wird auch für Gronau in Zukunft kein Weg an der Haushaltssicherung vorbeigehen.

Darum wäre eine mutige Veränderung der Schätzdaten im Plan 2016 der richtigere Weg gewesen, statt eine ängstliche Rekommunalisierung des Abwasserwerks. Die hat nur einmal einen signifikant entlastenden Effekt! Führt auf Dauer zu einer rechtlich zweifelhaften Abschöpfung der Investitionsmittel für den Kanalbau aus der AfA auf Wiederbeschaffungszeitwerte und keineswegs zu einer nachhaltigen Entlastung unserer finanziellen Situation.

Der sich abzeichnende schlechte Kompromiß bedingter Ertragsabschöpfungen bei gleichzeitiger Beibehaltung des kommunalen Eigenbetriebes Abwasserwerk ist daher zur Not tragbar, wenngleich man auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, durch die der Kämmerer diese Transaktion absichern will, gespannt sein darf.

Ein richtiger Weg dagegen ist es, die in Gronau permanent angespannte Liquiditätslage durch Anhebung der Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuern auf das fiktive Niveau des Landes zu entlasten. Ebenso richtig ist die moderate Anhebung von Gebühren und Abgaben bei kommunalen Leistungen und der Leistungsverzicht in einzelnen Bereichen unserer kommunalen Selbstverwaltung.

Das tut weh und wir tun das nicht gern, aber wir sind auch verpflichtet, unseren Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig die Richtung zu weisen:

Anfangen mit Kunstrasenplätzen denen ich bei derzeitiger Haushaltsslage nicht zustimmen kann, einhergehend mit den Beitragserhöhungen im Bereich der Musikschule und der Bücherei und schlussendlich mit den Erhöhungen der Grundsteuern. Das alles sind, teilweise, schmerzhaft Einschnitte, die aber notwendig sind und die wir unseren Mitbürgern auch in aller Deutlichkeit abverlangen müssen, um nicht in die Haushaltssicherung zu geraten, die zu noch deutlicheren Belastungen führen würde, da wären die Anhebungen in diesem Jahr nur ein Anfang.

Daher bin ich froh, an dieser „Verhinderungsmehrheit“ beteiligt zu sein, weil sie verhindert, mit offenen Augen in die Haushaltssicherung zu stolpern, weil sie verhindert, dass Bürger Hoffnungen an die Politik knüpfen (Kunstrasenplatz), die wir auf absehbare Zeit nicht erfüllen können und weil sie nicht dringend notwendige Gelder fairfrühstückt...

Ich bin davon überzeugt:

„Wir schaffen das ..., aber nur, wenn all die an uns gestellten Aufgaben, sei es die Aufnahme und Integration von Asylsuchenden oder aber die Schaffung und Bereitstellung neuer Plätze im KiTa Bereich und nicht zu vergessen die Schulreform mit ihren Anforderungen an die Schullandschaft, mit den dafür notwendigen Mitteln ausgestattet werden! Denn eine wirkliche kommunale Finanzentlastung gibt es nur und erst dann, wenn Land und Bund ihren

finanziellen Pflichten nachkommen, freiwillig oder in Folge verfassungsgerichtlicher Anordnung. Dieses Ziel müssen wir mit allen Kräften verfolgen um die existenzielle Basis unserer und anderer Kommunen zu sichern.“

Das ist viel wichtiger, als die Rekommunalisierung eines Abwasserwerks.

Trotz aller Vorbehalte Stimmen wir hier aber dem Haushalt zu.

Vielen Dank meine Damen und Herren!

Grün Alternative Liste (GAL)

Fraktion im Rat der Stadt Gronau

c/o **Udo Buchholz**

Siedlerweg 7

48599 Gronau

16. März 2016

GAL-Haushaltsrede 2016

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wer im Tagesgeschäft und bei den Haushaltsberatungen den Naturschutz aus den Augen verliert, wird dem Reiz und der Geschichte der Stadt Gronau nicht gerecht.

Wir haben in diesem Saal schon oft über den notwendigen Schutz der Kiebitze gesprochen. Gerade seitens der CDU wurde dabei immer wieder betont, dass es in Gronau noch zahlreiche dieser geschützten Vögel gibt. Der Kreis Borken sieht das anders. Man kann sicherlich darüber streiten, welchen Beitrag Landschaftswächter, Landwirte oder Jäger zum Schutz der Kiebitze leisten können. Fest steht dabei aber auf jeden Fall, dass das Austauschen von Sachargumenten notwendig und sinnvoll ist. Das gilt für Ratsmitglieder und das gilt auch für die Verwaltungsspitze. Strafanzeigen sind sicherlich kein Stilmittel einer Sachdiskussion. Wer sich an frühere Ratsdebatten erinnert weiß genau, dass hier schon manches scharfe Wort formuliert und ausgesprochen wurde. Von Strafanzeigen ist mir in diesem Zusammenhang aber nichts bekannt. Und so kann ich nur an die Bürgermeisterin appellieren, bei Meinungsverschiedenheiten ein Gespräch unter vier oder sechs Augen zu suchen. Der Griff zum Strafgesetzbuch ist bei Meinungsverschiedenheiten nicht geboten. Natürlich ist es fraglich, ob ein Gespräch in kleiner Runde den letzten Kiebitzen noch helfen kann. Aber das gemeinsame Gespräch kann ein wichtiger Beitrag zum zwischenmenschlichen Klimaschutz untereinander in dieser Runde sein.

Wichtig war für die GAL-Fraktion das Gespräch mit dem Kämmerer Herrn Eising, das wir im Rahmen der GAL-Klausurtagung führen konnten. Herr Eising hat uns den Haushaltsentwurf vorgestellt und hat umfangreich offene Fragen beantwortet. Dafür möchte ich mich im Namen der GAL-Fraktion noch einmal bei ihm bedanken.

Bedanken möchten wir uns auch insgesamt bei der Verwaltung, die mit der Erstellung des Budgetentwurfs keine leichte Aufgabe zu bewältigen hatte. Gerade im letzten Jahr war die Zeit für den Haushaltsentwurf zudem auch noch knapper als in früheren Jahren. Schließlich galt es seit dem Sommer, für die Unterbringung und Versorgung zahlreicher Flüchtlinge zu sorgen. Das ist in Gronau zum Glück weitaus besser gelungen als in anderen Orten. Containerdörfer konnten vermieden werden und eine breite Hilfsbereitschaft lief in Gronau an. Hier gilt unser Dank allen Beteiligten in der Verwaltung, bei der Feuerwehr, bei der Chance, bei den engagierten Vereinen und Initiativen und bei den vielen Privatpersonen, die sich in der einen oder anderen Form spontan einbrachten und auch immer noch einbringen.

Während es in Nachbarorten zum Teil massive Proteste gegen Flüchtlinge gab und gibt, wird in Gronau eine Willkommenskultur geprägt. Das ist erfreulich und beruhigend. Dennoch gilt es auch in Gronau wachsam zu sein: Die jüngsten Wahlergebnisse scheinen uns nicht zu betreffen. Doch auch bei uns in NRW stehen Landtagswahlen an. Setzen wir gemeinsam Zeichen der Toleranz und der Weltoffenheit. Setzen wir uns gemeinsam gegen Fluchtursachen, aber auch gegen Abschiebungen ein.

Wichtig ist aber auch der gemeinsame Einsatz beim Thema Integration. Und da komme ich zum Thema Geld, zum Haushalt. Die GAL-Fraktion hatte ja bekanntlich die Aufstockung des Etats für den Integrationsrat beantragt. Nach unseren Vorstellungen sollte der Integrationsrat nicht nur über 5000 Euro verfügen, sondern über 10.000 Euro. Das ist keine enorme Summe – wäre aber ein Zeichen gewesen. Leider wurde unser Antrag mit Mehrheit abgelehnt. Wieder einmal wurde deutlich, dass in dieser Stadt große Beträge oft ohne große Debatte zur Verfügung gestellt werden. Bei kleinen Summen für soziale Zwecke gibt es aber einen breiten Aufschrei. Und auch bei weiteren Themen folgte die Ratsmehrheit nicht den GAL-Anträgen. So werden keine 10.000 Euro für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung gestellt. Und es wird nur 2000 statt 3000 Euro für die Fair-Trade - Steuerungsgruppe geben. Dass wir in Gronau sparen müssen, ist ein offenes Geheimnis. Aber dass der Sparwille bei CDU, FDP und UWG besonders bei kleinen, sozialen Vorhaben deutlich wird, ist einfach nur schade.

Erfreulich ist dagegen, dass die Verwaltung jetzt im Haushaltsentwurf besonders bei der Gewerbesteuer den fiktiven Hebesatz des Landes NRW als Richtschnur vorgibt. Eine Forderung, die die GAL-Fraktion schon oft erhoben hat. Und in der aktuellen Situation wäre es aus unserer Sicht sogar geboten,

den Hebesatz noch weiter nach oben zu verschieben. Aber dafür wird man wohl hier in dieser Runde keine Mehrheiten finden.

Dafür wird weiterhin darauf gesetzt, dass die Gewerbesteuer aus der Urananreicherung sprudelt. Doch es ist ein gefährliches Wagnis, wenn man den kommunalen Haushalt auf Atommüll und Pannenreaktoren aufbaut. Inzwischen steht fest, dass Urenco's Uranmüll Atommüll und kein Wertstoff ist. Er soll dauerhaft an der Kaiserstiege gelagert werden. Das ist nicht im Sinne der Bevölkerung. Und es ist nicht beruhigend zu wissen, dass Uran, das in Gronau angereichert wird, auch zum Betrieb belgischer Reaktoren genutzt wird, bei denen es ständig neue Pannen gibt. Und so wurde am Sonntag in Westpol berichtet, dass die Landesregierung die Urantransporte für Pannenreaktoren unterbinden kann.

Wie lange Urenco noch in Gronau produzieren und Gewerbesteuer zahlen wird ist nicht bekannt. Die Gronauer Verwaltungsspitze wäre jedoch gut beraten, bereits jetzt Vorsorge für den Fall der Stilllegung zu treffen. Ähnlich wie in Gronau sieht es in Lingen aus. Dort ist bekannt, dass das AKW Lingen 2 im Jahr 2022 stillgelegt werden soll. Kürzlich war der niedersächsische Ministerpräsident Weil in Lingen, um mit der örtlichen Politik die Zukunft des Energiestandortes Lingen zu erörtern. Wann aber wird Hannelore Kraft endlich nach Gronau kommen, um mit uns über die Gronauer Zukunft zu sprechen? Auch Gronau ist ein wichtiger Energiestandort. Nicht nur die Urananreicherung ist Landessache, auch um die Zukunft der Öl- und Gasspeicher könnte und sollte sich Frau Kraft persönlich kümmern. Es kann nicht sein, dass bei uns im Venn eine Kaverne nach der anderen ausgesolt wird und dann Sachzwänge eintreten. Jetzt soll eine Kaverne mit Helium gefüllt werden. Welche Pläne gibt es aber bereits für die nächsten anfallenden Kavernen? Die Landesregierung muss uns garantieren, dass im Bereich Epe – Alstätte kein Sondermüll oder Atommüll eingelagert wird.

Die Unterbringung von einigen 100 Flüchtlingen hat die Stadt Gronau vor große Aufgaben gestellt, die recht gut bewältigt werden konnten. Was aber wäre bei einer großen Katastrophe in der Urananreicherungsanlage oder bei einem Urantransport? Wohin könnten ggf. einige 100 Verletzte gebracht werden? Wo wären die Notlager für möglicherweise Tausende Menschen, die evakuiert werden müssten? Die sogenannten Katastrophenschützer in Düsseldorf und Berlin wollen uns einreden, dass im Ernstfall alles beherrschbar sein wird. Aber nur die Stilllegung der Urananreicherungsanlage kann wirklichen Schutz bringen. Für diese notwendige Stilllegung und die kommunalen Folgen sollte die Bürgermeisterin Frau Kraft schnellstens einbeziehen.

Vor Ort bleiben die Probleme der knappen Kassen. Der Haushaltsplan 2016 sieht im Ergebnisplan 2016 ein Minus von rund 2,3 Millionen Euro vor. Angesichts der Ausgleichsrücklage scheint das noch machbar zu sein. Leisten können wir uns das im Grunde nicht. Über die nächsten Jahre hinweg drohen die Ausgleichsrücklagen bis 2019 aufgebraucht zu sein. Was wird dann aber sein, wenn beim Wegbruch von Gewerbesteuern reale Rücklagen erforderlich sein sollten?

Als einen machbaren Lösungsansatz schlägt die Verwaltung die Rekommunalisierung des Abwasserwerks zu. Diesem Vorschlag stimmt die GAL-Fraktion zu.

Mit Blick auf die weiterhin bestehenden Finanzprobleme und Aufgaben der Stadt Gronau ist zu hoffen, dass die juristischen Bemühungen gegen das Stärkungspaktgesetz sowie gegen die Gemeindefinanzierungsgesetze letztlich von Erfolg gekrönt sein werden. Ebenso wie Gronau werden viele Kommunen in NRW mit Belastungen konfrontiert, die ihre finanziellen Möglichkeiten zu übersteigen drohen. Ursache sind zum Teil die finanziellen Folgen der Flüchtlingsunterbringung, -versorgung und -integration. Diese Aufgaben müssen bewältigt werden und sie werden auch bewältigt. Hinzu kommt aber auch die Entwicklung der Sozialausgaben insgesamt.

Wenn der Stärkungspakt seine ursprüngliche Funktion erfüllen soll, muss insgesamt bei der Finanzausstattung der Kommunen nachgebessert werden. Dazu gehört eine umfassende Übernahme der den Kommunen durch den Flüchtlingszuwachs entstehenden Mehrkosten durch den Bund und das Land NRW. Außerdem muss das Land darauf verzichten, den Stärkungspakt von den Kommunen mitfinanzieren zu lassen. Wichtig ist dabei, dass sich die Kommunen untereinander bestmöglich vernetzen und ihre Interessen gemeinsam vertreten.

Dieser interkommunale Austausch ist ja auch aktuell beim Thema FOC Ochtrup gegeben. Viele Kommunen haben mit Leerständen und Kaufkraftverlusten ihrer Innenstädte zu kämpfen. In Gronau besteht nach einer längeren Zeit der Stagnation jetzt die berechtigte Hoffnung, dass es am Hertie-Standort langsam aber sicher weiter geht. Das konkrete Ergebnis ist noch nicht absehbar und man kann einerseits die Bürgerinnen und Bürger verstehen, die keinen Fortschritt in der Innenstadtentwicklung sehen. Es bleibt zu hoffen, dass sich dennoch möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit den konkreten Planungsvorhaben befassen und ihre Ideen und Anregungen für Gronaus

Zukunft einbringen. Gleichzeitig ist die Verwaltungsspitze aufgerufen, die Öffentlichkeit bestmöglich über die aktuellen Entwicklungen zu informieren und Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die GAL-Fraktion wird die zukünftige Entwicklung der Gronauer Innenstadt weiterhin aktiv begleiten. Dies gilt auch entsprechend für die weitere Entwicklung der Gronauer Schullandschaft. Hier ist schon viel auf den Weg gebracht worden und es ist erfreulich zu sehen, wie gut die neue Gesamtschule angenommen wird. Die weiteren baulichen Maßnahmen im Schulbereich sind finanziell nicht einfach zu stemmen. Aber gerade im Bildungsbereich darf nicht nach Billiglösungen gesucht werden. An dieser Stelle gilt unser Dank sowohl der Bau- als auch der Schulverwaltung, die beim Umfang der Aufgaben keine leichte Tätigkeit ausüben.

Unser besonderer Dank gilt auch der Feuerwehr, die hauptamtlich aber auch massiv ehrenamtlich Tag und Nacht für den Schutz der Bevölkerung im Einsatz ist. Nachdem jetzt der Brandschutzbedarfsplan verabschiedet wurde hofft die GAL-Fraktion, dass auch die neue Feuer- und Rettungswache möglichst bald realisiert werden kann. Noch gestern Abend konnte ich mich davon überzeugen, wie wichtig und einsatzfähig unsere Feuerwehr ist. Ich bekam mit, wie zahlreiche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr mit großem Tempo zur Wache an der Eper Straße fuhren. Und schon kurz danach fuhren etwa 10 Einsatzfahrzeuge los. Es ging dabei wohl um den Brand in dem Oktoberfestzelt hinter dem WZG. Sehr erfreulich sieht die GAL-Fraktion die Entwicklung der Jugendfeuerwehr. Es ist mehr als lobenswert, dass an dieser Stelle solch eine gute Jugendarbeit geleistet wird.

Während die Straßen in Gronau, für die Feuerwehr aber auch für den privaten PKW-Verkehr, in einem relativ gutem Zustand sind, sieht das bei den Radwegen anders aus. Zwar wurde unter Beteiligung der Öffentlichkeit ein Radwegekonzept erarbeitet. Doch im Haushaltsentwurf ist kein Posten vorgesehen, der zur Umsetzung des Konzeptes beitragen könnte. Das ist sehr bedauerlich und nicht hinnehmbar. Es wird viel vom Klimaschutz gesprochen, aber es gibt in Gronau keine ernsthaften Bemühungen, den Autofahrerinnen und Autofahrern Anreize zu schaffen, häufiger auf das Rad zu steigen. Die letzte Verkehrsschau liegt etwa fünf Jahre zurück. Verbessert wurde aber für den Radverkehr nichts. erinnert sei z. B. an die Probleme beim Kreisverkehr vor dem Hotel Bügener in Epe oder an die gefährlichen Bereiche beim Radweg an der Gildehauser Straße zwischen dem Schwartenkamp und der Spinnereistraße.

Wie in früheren Jahren möchte ich auch in diesem Jahr mehr Engagement der Stadt Gronau für den Natur- und Umweltschutz einfordern. Das muss nicht unbedingt viel Kosten, muss aber auch nicht unbedingt mit Unterstützung von Mc Donalds erfolgen.

Auch in diesem Jahr sind im Februar etliche Straßenbäume den Kettensägen zum Opfer gefallen. Es betraf viele Straßenbäume, aber besonders eklatant ist der Verlust der alten Bäume auf dem BSG-Areal an der Losser Straße. Wiederholt habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Bäume als Naturdenkmal ausgewiesen werden. Wiederholt habe ich Stadt und Kreis angeschrieben. Mit wenigstens etwas Engagement seitens der Stadt Gronau hätten vielleicht einige der kapitalsten Bäume geschützt werden können. Jetzt ist es aber zu spät und es ist erschreckend zu sehen, wie ein innerörtliches Waldstück nach dem anderen abgeholzt wird.

Das Fazit der GAL-Fraktion zum Haushaltsentwurf: Trotz knapper Kassen wird in Gronau viel bewegt: Im Schulbereich geht es in die richtige Richtung, es wird erfreulich viel für Flüchtlinge getan und es gibt ein breit gefächertes Kulturangebot, das vielleicht noch besser mit Nachbarorten, und das auch grenzüberschreitend, vernetzt werden könnte.

Doch es gibt auch Schatten: Auf der einen Seite wird die Eper Ostumgehung weiter geplant, während das Radwegekonzept nicht umgesetzt wird. Die Verwaltungsspitze ist nicht darum bemüht einen Haushalt zu verfassen, der eine zukünftige Stadtentwicklung ohne Urenco ermöglicht. Die Chancen einer Gewerbesteuererhöhung oberhalb der fiktiven Hebesätze werden nicht ausgeschöpft während selbst relativ kleine Beträge zur Bekämpfung von Fluchtursachen von der Gestaltungsmehrheit nicht zur Verfügung gestellt werden.

Wir bedanken uns grundsätzlich bei der Verwaltung, und besonders beim Kämmerer, für ihre Bemühungen um das Wohl der Gronauer Bevölkerung und unserer Gäste aus zahlreichen Ländern. Dem Haushaltsentwurf kann die GAL-Fraktion aber nicht zustimmen. Wir stimmen dagegen – hoffen aber auf eine weitere, kooperative Zusammenarbeit in dieser Runde.

Vielen Dank.

Udo Buchholz
GAL-Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Beginnen will ich meine Haushaltsrede diesmal nicht wie in den vergangenen Jahren mit der Schulpolitik. In meiner Prioritätenliste vorne steht derzeit ein Thema das uns alle, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, noch länger beschäftigen und weiterhin grosse Anforderungen an uns stellen wird. Es ist die nicht abbreisende Welle von Flüchtlingen. Es ist erfreulich, dass alle Parteien dabei an einem Strang ziehen. Sehr erfreulich ist es auch, dass die Bevölkerung, ehrenamtliche und professionelle Helferinnen und Helfer, von Anfang an mit viel Hilfsbereitschaft geholfen hat die Notunterkünfte herzurichten, bei der Versorgung und der Integration zur Stelle war. Deutschkurse wurden von ehemaligen Lehrerinnen und Lehrern angeboten, Sportvereine organisierten gemeinsame Sportveranstaltungen, Spiel- und Musikangebote wurden organisiert und vieles mehr.

Aber auch die zugewiesenen Flüchtlinge, die für längere Zeit in Gronau bleiben werden, brauchen Unterstützung. Dazu wurden, auf Antrag der Linken Integrationslotsen ausgebildet und für die nächste Sitzung des Sozialausschusses liegt schon ein neuer Antrag der Linken vor, um weitere Integrationslotsen auszubilden. Neben dezentralen Unterkünften, um eine Integration zu erleichtern, muss eine Betreuung und Unterstützung, nicht nur bei Gängen zu Ämtern, gewährleistet sein. Viele Organisationen, Vereine und Verbände, aber auch die Integrationslotsen, kümmern sich um die Flüchtlinge, die fern ihrer Heimat und ihrem gewohnten kulturellem Leben, Fuß fassen und sich integrieren müssen.

Aber auch Verwaltung und Politik sind gefordert. Es müssen professionelle Helferinnen und Helfer angestellt werden, die organisatorische Arbeiten erledigen und vor Ort behilflich sind, denn nicht alles können ehrenamtliche Helferinnen und Helfer leisten. Für das Aristo-Hotel muss ein Konzept erstellt werden, um ein konfliktfreies Zusammenleben dort zu ermöglichen.

Zum Beispiel bei der Bereitstellung von Unterkünften für die Flüchtlinge sind Verwaltung und Rat gefordert. Es ist nicht möglich alle preisgünstigen Wohnungen anzumieten, damit nicht der Eindruck entsteht, dass die nicht so reichen Bürgerinnen und Bürger alleine gelassen werden. Deshalb war es richtig, dass das Aristo-Hotel gekauft wurde, Containerlösungen in Erwägung gezogen werden. In diesem Zusammenhang sei auch dem Verein „Haus der Gronauer“ für seine Initiative gedankt, der durch Spenden finanzierte Blockbohlenhäuser errichten will.

Noch eine andere Aufgabe muss gemeistert werden: Es müssen Kita- und Schulplätze bereitgestellt werden, denn es kommen natürlich auch Kinder in unsere Stadt, die einen Anspruch auf diese Plätze haben. Damit wird unser gut ausgearbeiteter Schulentwicklungsplan gehörig durcheinander gewirbelt, da mit dieser Zunahme von Kindern in Gronau nicht gerechnet werden konnte. Neben der Bauverwaltung, die den räumlichen Mehrbedarf ausarbeiten und baulich darstellen muss, sind auch die Schulleitungen mit hohen Anforderungen konfrontiert. Ich bedanke mich bei Allen, die diese Mehrbelastungen klaglos auf sich nehmen und dafür sorgen, dass die Flüchtlingskinder in Kita und Schule integriert werden.

All diese zusätzlichen Aufgaben können mit dem bisherigen Personal nicht bewältigt werden. Es ist dringend notwendig, wie die Verwaltung auch schon aufgezeigt hat, dass zusätzliches Personal eingestellt wird. Alleine der Bereich der Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz muss verstärkt werden, damit es hier nicht zu Engpässen und langen Wartezeiten für die Flüchtlinge kommt. Es ist auch notwendig, dass die zentrale Koordinierung für die Flüchtlinge verstärkt wird, damit die für Flüchtlinge zuständigen Akteure, innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, besser vernetzt werden.

Um die sozialpädagogische Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in den Gronauer Unterkünften zu gewährleisten, reichen die Integrationslotsen nicht aus. Dazu bedarf es eines Ausbaus der Betreuung. Da auch in Gronau zunehmend unbegleitete minderjährige Ausländer ankommen, bedarf es auch in dem Bereich Personal, das zum Beispiel Gastfamilien aquiriert und die Familien und die Kinder betreut.

Da die Politik von der Verwaltung verlangt hat den neuen Stellenplan einzudampfen, wurde von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen, bisherige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von ihren Aufgaben abzuziehen, um sie im Bereich der Flüchtlinge einzusetzen. Ich stehe diesem Unterfangen sehr skeptisch gegenüber, da nach einem Gutachten zur Personalstruktur der Gronauer Verwaltung nicht festgestellt wurde, dass die Verwaltung zu viel Personal hat. Es wird also zu einem Leistungsabbau in anderen Bereichen führen. Dies werden wir kritisch begleiten und erwarten von der Verwaltung, dass sie den Rat über die Situation in den ausgedünnten Bereichen unterrichtet. Es darf nämlich auf gar keinen Fall dazu kommen, dass die bisherigen Leistungen schrumpfen, was dann den Flüchtlingen angekreidet werden würde.

Ich möchte jetzt einen Blick auf die ambitionierten Bauvorhaben richten, die der Rat beschlossen hat und sich auf ihre Fahne schreibt: Neubau einer Feuerwache, Innenstadtsanierung, Umbau und Anbau der Schulen. Dies bedeutet für die Bauverwaltung einen immensen Mehraufwand. Bisher arbeiten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen engagiert und mit viel Elan. Aber sie stoßen an ihre Grenzen. Zusätzliches Personal, das von der Verwaltung gefordert wird und notwendig ist, wird von der Gestaltungsmehrheit abgelehnt. Zu befürchten ist, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen frustriert sind, weil sie das Licht am Ende des Tunnels nicht mehr sehen können. Das Arbeitsklima leidet bei einer ständigen Überforderung. Dies hat dann zur Folge, dass sich auf die ausgeschriebenen Stellen kaum mehr jemand bewirbt, weil sich sowas natürlich rumspricht.

Mögen die Projekte noch so sinnvoll und notwendig sein, ohne eine arbeitsfähige Verwaltung sind sie gefährdet.

Und dies sollte auch der Gestaltungsmehrheit bewusst sein, die sich, wie man der Zeitung entnehmen konnte, gerne mit den Projekten schmückt, die allerdings von allen Fraktionen im Rat befürwortet und beschlossen wurden. Ebenfalls dem Zeitungsartikel konnte man entnehmen, dass die Gestaltungsmehrheit die Anhebung der Steuersätze auf das Niveau des Gemeindefinanzierungsgesetzes und eine Rekommunalisierung des Abwasserwerkes einhellig als ambitionslos bewertet. Ihre Zustimmung zum Haushalt 2016 machen CDU, UWG und FDP davon abhängig, ob entsprechende Ausgabenkürzungen und dringend notwendige Umstrukturierungen erzielt werden können. Und hat man nun erwartet, dass diese ambitionierten Vorschläge von der Gestaltungsmehrheit dargelegt werden, muss man zur Kenntnis nehmen, dass sie alle Fraktionen auffordert, Lösungen zu präsentieren.

Tja, so einfach kann man es sich auch machen.

Von der Gestaltungsmehrheit habe ich keine ambitionierte Anträge zum Haushalt erkennen können. Und auch von Umstrukturierungen kann nicht die Rede sein. Es sei denn, dass man Verschiebungen in das nächste Haushaltsjahr als Umstrukturierung bezeichnet. Der im letzten HFA gestellte Antrag der CDU-Fraktion, die Hundekotbeutel einzusparen, wurde von der Gestaltungsmehrheit wohl nicht als gestalterisches Element erkannt und somit abgelehnt

Meine Damen und Herren,

ich habe mich bei meiner Haushaltsrede bewusst nur mit einigen wenigen Dingen befasst. Vor allem der Kahlschlag in der Verwaltung, der auch das Handeln des Rates einschränkt, war und ist mir wichtig.

Diese Personalpolitik hat dazu geführt, dass die Linke sich gegen den Haushalt 2016 ausspricht. Dass nach wie vor Gelder für Baugebiete ausgewiesen werden, die wir grundsätzlich ablehnen, ist ein weiterer Grund. Ebenso lehnen wir die Ausgabenkürzungen bei freiwilligen sozialen Leistungen ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

I Vorbemerkungen

Seit 15 Jahren halte ich hier im Rats-Rund jährlich meine Haushaltsrede. Heute übrigens zum letzten Mal. Eine gute Gelegenheit also, zurückzublicken auf die Entwicklung der städtischen Finanzen und auf das, was wir in dieser Zeitspanne im Rat erreicht haben.

Ich habe dieses auch zum Anlass genommen, meine Haushaltsreden in Bezug auf deren Redlichkeit und Erkenntniswert neu zu betrachten und zu hinterfragen. Meine Haltung, und die meiner Fraktion, war und ist verbunden mit der Ablehnung parteipolitischer Klientelpolitik. Mein/Unser Kümmern gilt allen Bürgern und setzt vor allem auf die Nachhaltigkeit.

Bereits in 2002 warnte der damalige Kämmerer, Herr Kleine-Bardenhorst: *„Die Finanzlage wird sich weiter verschlechtern.“* Alle Fraktionen seien gefordert, *„gemeinsam an Lösungen zu arbeiten“*. Nur dann *„bleiben wir kommunalpolitisch handlungsfähig“*. Und Bürgermeister Holtwisch sprach von einem *„Signal ins Haus hinein“* und ergänzte, *„Jeder habe sich zu bemühen die (erforderlichen) Zahlen zu erreichen“*.¹ Wie ein roter Faden zogen sich ausschließlich parteiübergreifende Forderungen nach Entschuldung und Konsolidierung durch rund 15 Jahre Haushaltseinbringungen und –verabschiedungen. Heute sind wir einen Schritt weiter und stehen mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den Planzahlen für die Folgejahre am Rande einer Haushaltssicherung. Die kommunale Finanzaufsicht wird womöglich schon bald im Gronauer Rathaus tätig werden.

Bereits bei der Haushaltseinbringung für das Jahr 2005 hat Bürgermeister Holtwisch den Rat darauf hingewiesen, dass zurückgehende Schlüsselzuweisungen und zusätzliche Aufgabenzuweisungen den Etat der Stadt *„stärker belasten (werden), als uns allen zusammen lieb sein wird“*. Deshalb hat die Forderung von Bürgermeister Holtwisch von vor 11 Jahren auch heute noch seine Gültigkeit. Sie lautete: Es gilt das *„Heft des Handelns in der Hand zu behalten und mit Kreativität, Fantasie und einer zielgerichteten Ausgabenpolitik die vorhandenen Ressourcen bestmöglich zu nutzen“*.² Dagegen entschuldigt die jetzige Verwaltungsleitung die desaströse Finanzlage der Stadt ausgerechnet mit fehlenden Schlüsselzuweisungen und zusätzlichen Aufgabenzuweisungen. Welchen Anspruch stellen sie dabei eigentlich an sich selbst als Verwaltungsleitung? Und wo ist die Kreativität und Fantasie aller hier sitzenden Ratsmitglieder in Sachen Ausgabenpolitik? Wir haben dazu unter anderem in 2013 eine erhebliche Aufklärungsarbeit geleistet, die heute bereits erste Früchte abwirft. Zum Beispiel die Ratsverkleinerung mit einem Sparpotential von bis zu

¹ WN vom 11. Oktober 2002, Gronauer Lokalteil.

² Vgl. Rede von BM Holtwisch zur Haushaltseinbringung für das Jahr 2005 im Rat am 15. Dezember 2004; siehe auch WN vom 16. Dezember 2004, Gronauer Lokalteil.

200.000 Euro. Ein anderes Beispiel sind 30.000 Euro jährliche Einsparungen durch die Digitalisierung der Ratsarbeit. Wer hätte denn ernsthaft daran geglaubt, dass ich noch einmal Tipp-Ex gegen Tablet austausche? Viele unserer Anträge hängen aber leider noch immer bei den Bedenkenträgern fest und drehen sich zu einem großen Teil noch immer in den Gronauer Bürokratie-Mühlen.

II Allgemeine Bewertungen zum Haushaltsentwurf 2016

Jeder im Stadtrat weiß um die ernsthafte finanzielle Lage unserer Stadt. In den soeben gehörten Haushaltsreden finden sich jedoch wenig bis keine Konkretisierungen oder künftige Sparabsichten wieder. Eine Ausgabendisziplin oder bürgerfreundliche Ausgabenkürzungen (z.B. bei den politischen Mandatsträgern) werden vollständig ausgeblendet. Die dringend notwendige kurz- oder mittelfristige Finanzstrategie fehlt. Bei allem Verständnis, aber ein solches "Beratungsergebnis" ist mehr als mager. Sie beweisen, wie leichtfertig sie den Weg in die dramatische Schiefelage des städtischen Haushaltes weiter gehen und wie schwer ihnen eine Umkehr zu seriöser Finanzpolitik fällt.

Aber auch innerhalb der drei Vorstandsbereiche werden mögliche Sparpotentiale nicht realisiert. Bis heute entziehen sich die Bürgermeisterin, die Beigeordnete und der Stadtbaurat der ihr auferlegten finanzpolitischen Verantwortung in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen. Vor allem mit Blick auf die nicht gesetzlich normierten Ausgaben fehlen dort in Gänze ernsthafte Bemühungen zu einer generellen Ausgaben-Disziplin. Auch hier sei noch einmal auf das Zitat von Bürgermeister Holtwisch verwiesen, der seinerzeit von einem „*Signal ins Haus sprach*“ und davon, dass jeder sich zu bemühen habe, die erforderlichen Zahlen zu erreichen.³

In der Vergangenheit wurden die Warnungen und Vorschläge der Kämmerer konsequent ignoriert. Interne und externe Beratungsergebnisse (oft belegbar durch Anträge anderer Fraktionen bzw. Empfehlungen sachkundiger Gutachter), scheitern an der fehlenden „Genauschau“ und dem Machtgehabe der jeweiligen politischen Mehrheiten im Rat. Die CDU, bereits seit 1994 die mitgliederstärkste Ratsfraktion, nimmt dabei im negativsten Sinne die Vorreiterrolle ein. Das Ergebnis ihrer jahrelangen Fehlentwicklungen darf jedoch nicht sein, dass jetzt ausschließlich Bürger und Unternehmen durch Steuererhöhungen zusätzlich

³³ WN vom 11. Oktober 2002, Gronauer Lokalteil.

belastet werden. Vielmehr sollten endlich alle überflüssigen Ausgabenposten im Haushalt eliminiert werden. Und davon gibt es sehr viele.

Meine Damen und Herren, es gibt unterschiedliche Methoden für eine Haushaltskonsolidierung, zum Beispiel einen prozentualen Kürzungsansatz über den gesamten Haushalt zu legen (die sogenannte „Rasenmäher-Methode“). Wir haben jedoch eine neue, für den Rat wegweisende Methode entwickelt. Bei unserer Aufgabenkritik sehen wir uns alle Produkte (Pflichtaufgaben, Gestaltungsspielräume der Fachverwaltung und freiwillige Leistungen) im Rahmen einer Kostenanalyse an. Wir überprüfen, inwieweit die Aufgabenwahrnehmung zur Zielerreichung notwendig ist beziehungsweise ob diese neu gestaltet werden kann oder gar überflüssig ist. Hierbei geht es um das „ob“ der Aufgabenerledigung.

Bei unseren gesetzlichen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen ist es uns wichtig, stets den Umfang der Leistungen zu hinterfragen und dabei zu überprüfen, wie die Erfüllung der Aufgaben wirtschaftlicher und kostengünstiger erfolgen kann – Aufgabenvollzugskritik pur. Hierbei geht es um das „wie“ der Aufgabenerfüllung.

Bei unserem Produktscreening gilt auch heute unser Drei-Stufen-Modell aus dem Jahr 2013: Erstens: die Politik beteiligt sich selbst als gutes Vorbild an notwendigen Einsparungen. Zweitens: wir realisieren Einsparpotentiale bei der täglichen Aufgabenerledigung. Drittens: Einsparungen und Transparenz eröffnen Räume für politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles Handeln in unserer Stadt. Ohne weitere Verschuldung, führt dies zu mehr Lebensqualität, Flair und zu mehr Nachhaltigkeit für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Die Haushaltsberatungen 2016 machen folgendes deutlich. Es ist an der Zeit, den soeben beschriebenen Weg endlich zu gehen. Die notwendigen Maßnahmen müssen bis zum Herbst 2016 politisch entschieden werden und in den Haushaltsentwurf für 2017 verarbeitet werden. An welche Maßnahmen denke ich konkret? Bezugnehmend auf unsere eingereichten Anträge geht es unter anderem um:

- rechtliche Überprüfung und Vorbereitung der Vergabe der im Jugendamt geführten Vormundschaften;
- Neugestaltung der Ehe- und Altersjubiläen;
- Reduzierung der Anzahl stellvertretender Bürgermeister;
- Anpassung der Zeiten für Verdienstausfallersatz der Rats- und Ausschussmitglieder;
- Wegfall der freiwilligen Anerkennung von Ruhegehaltszeiten für Wahlbeamte;

- Aufforderung an den Kreis, eine verbindliche Erklärung des Kreispflegebedarfplans herbeizuführen („*Es gibt einen Industriezweig, auf den wir getrost verzichten können: die Heimpflege-Maschinerie*“; Henning Schwerf, 2016).

Vor uns liegt heute eine umfassende Herausforderung. Es müssen vordringlich Doppelstrukturen beendet werden und bessere Angebote dagegen gestellt werden („weniger ist oft mehr“).

Schauen wir nun noch einmal in die Produktziele des vorliegenden Haushaltsentwurfs: Der Haushalt ist überwiegend auf falschen oder fehlenden Grundlagen aufgebaut. Dieses wird in diesem Jahr ganz besonders deutlich. Vielfach werden lediglich die gesetzlichen Vorgaben verankert. (Haushalts-) Ziele sind aber gerade jene Punkte, die man außerhalb der gesetzlichen Pflichten für die Bürger einer Stadt erreichen will. Das ist schließlich unser kommunaler Gestaltungsspielraum.

Unsere Produktverbesserungen in den vorhin genannten drei Stufen erfordern kurz-, mittel- beziehungsweise langfristige Maßnahmen. Sie können zu sofortigen Beschlüssen, aber zunächst durchaus auch zu Prüfaufträgen an die Verwaltung führen. So, meine Damen und Herren, sehen ernstgemeinte Schritte einer seriösen Haushaltsführung aus.

III Wichtigste Einnahmen- und Ausgabenpositionen

Nach der allgemeinen Bewertung des Haushaltes möchte ich auf einige wichtige Einnahmen- und Ausgabenpositionen näher eingehen.

Einnahmen

Transferaufwendungen: Transferaufwendungen in Höhe von 65 Mio. Euro, die jährlich steigen, führen laut Verwaltung zwangsweise zu jährlich steigenden kommunalen Steuersätzen. Diese Feststellung sehen wir grundsätzlich anders. Die stetige finanzielle Abwärtsspirale darf nicht allein mit externen Belastungen (Aufgabenzuweisungen durch das Land/den Bund, Reformen, Verordnungen, veränderte Standards, Nichtbeachtung des Konnexitätsprinzips, Transferaufwendungen) begründet werden. Dagegen stehen nämlich, dank der guten konjunkturellen Lage der letzten Jahre, überdurchschnittlich hoch sprudelnde Gewerbesteuerereinnahmen (entsprechend 90.000 Einwohnern). Deshalb zählt Gronau nicht zu unrecht zu den wenigen abundanten Städten in NRW. Und damit komme ich zur

Erhöhung der Steuerhebesätze, die die Bürgermeisterin uns mit dem Haushaltsentwurf präsentiert hat.

Erhöhung der Steuern für Bürger und Unternehmen: Das System der Steuerschraube nach oben (z.B. bei der Gewerbesteuer) benachteiligt Gronau im Standortwettbewerb zu Niedersachsen und den Niederlanden. Die jetzige Gewerbesteuererhöhung, ohne dass ein Wirtschaftsförderungskonzept vorliegt, ist der falsche Weg. Die Grenzlage zu Niedersachsen und den Niederlanden erlauben uns keine derartige Steuererhöhung. Der Wirtschaftsstandort Gronau wird weiter geschwächt. Mit Blick auf die Zukunft und die Grenzlage Gronaus kann es langfristig nur eine Senkung zum Ziel haben.

Die Erhöhungen mögen sinnvoll erscheinen, um die Hebesätze auf Landesniveau anzupassen und dadurch den Negativeffekt bei den Landeszuweisungen zu eliminieren. Aber auch hier gilt: Steuererhöhungen sind das äußerste Mittel. Wir können nicht Mehrbelastungen für die Bürgerschaft einführen, ohne bei uns selbst, als gewählte Bürgervertreter, überflüssige Ausgaben zu streichen.

Rekommunalisierung Abwasserwerk: Es liegt kein Kanalsanierungs- und Finanzplan vor, aus dem alle (künftigen/zusätzlichen) Lasten für die Stadt und die Bürgerschaft erkennbar werden. Zudem führt die „Rekommunalisierung“ augenscheinlich nicht direkt zu einer Erhöhung der Abwassergebühren, wohl aber zu zusätzlichen Belastungen der Bürger auf anderem Wege (z.B. höhere Grundsteuern). Eine solche Maßnahme ist juristisch umstritten, da am Ende dieses einmaligen Finanztricks eindeutig eine verdeckte Mehrbelastung der Bürgerschaft steht. Diesen Trick dürften die Bürger (mit unserer Hilfe) rasch durchschauen, wenn sie zum Beispiel mit höheren Grundsteuerbescheiden konfrontiert werden. Damit wäre indirekt auch die Reputation der Stadtwerke beschädigt. Einen städtischen Haushalt an Illusionen auszurichten, ist selten ein guter Ratschlag. Das gilt auch für die ultraexpansive Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre, wobei reformunwillige Ratsmitglieder noch immer erwarten, dass sich finanzielle Strukturprobleme wie von selbst lösen und dauerhaft zur Entschuldung führen.

Ausgaben

Wie soeben dargestellt, hat die Verwaltung im Haushalt (erneut) Steuererhöhungen eingeplant. Jedoch dürfen Steuererhöhungen nur das äußerste Mittel sein. Der Ist-Zustand in Gronau gestaltet sich übrigens wie folgt: Wir haben genügend Einnahmen, aber zu viele Ausgaben. Dagegen sagt die Verwaltungsleitung jetzt: wir haben zu wenig Einnahmen und

erhöhen deshalb die Steuern. Hier erfolgt eine unzulässige Umkehrung. Ich nenne an dieser Stelle drei Positionen, die zu Ausgabenreduzierungen führen müssen:

- 1) Bereits unterbreitete Ausgabenreduzierungen umsetzen: Unsere Fraktion hat in den vergangenen Jahren viele geeignete Ansätze aufgezeigt, um Ausgaben zu reduzieren. Beispiele: Einrichtung der „Sparkommission“, Einsparungen bei Mandatsträgern, die Vielzahl konkreter Anträge während der Haushaltsberatungen (z.B. 2013) sowie zu sämtlichen Fachbereichen. Auch an den hohen Fremd- und/oder Heimunterbringungs-zahlen im Jugendbereich (zugunsten von Fremdeinrichtungen) muss dringend gearbeitet werden: Statt Heimunterbringungen müssen wir die Familienhilfe in den Fokus rücken. Familienbeiräte rechtzeitig einzusetzen, statt weiter Institutionenförderung zu betreiben, das kann bei Familienproblemen nachhaltig helfen. Warum erkundigt sich unsere Stadt noch immer nicht nach bereits vorhandenen Pilotprojekten, die bereits zu positiven Ergebnissen führen (s. Beispiele in Berlin sowie Landkreis Aurich/Niedersachsen)?

- 2) Personal: Die CDU hatte bereits 2003 das Bestreben, die Belegschaft des Rathauses um 10 Prozent zu kürzen. Laut Heiner Möllers, damals CDU-Fraktionsvorsitzender, waren „*auch betriebsbedingte Kündigungen*“ ein Thema. Dabei wollte er selbst mit gutem Beispiel voran gehen und schlug einen zehnzehnten Verzicht der Ratsmitglieder bei ihren Aufwandsentschädigungen vor.⁴ Bei der Haushaltseinbringung für das Jahr 2005 legte Bürgermeister Holtwisch dann folgenden Plan vor: Die tariflich oder gesetzlich bedingten Personalkostensteigerungen und die Beiträge zur Zusatzversorgung werden nicht in vollem Umfang dem Budget zusätzlich angelastet, sondern aufgrund von Reduzierungen im Stellenplan kompensiert. Verwaltungsabläufe sollten dafür optimiert werden.⁵ Die damalige Mehrheit im Rat konnte diesem Anspruch jedoch nicht gerecht werden. Heute wissen wir: weder Personalkostenreduzierung, noch Einsparungen bei den Mandatsträgern sind mit einer CDU zu realisieren. Von 21 Mio. Euro in 2008 sind die Personalkosten auf 28 Mio. Euro in 2016 gestiegen (eine Steigerung um 7 Mio. Euro beziehungsweise 33 % in acht Jahren).

Unsere Forderung lautet deshalb: Die Höhe der Personalkosten sollte jetzt festgeschrieben werden (Stichwort „Deckel“) und künftig durch entsprechende Maßnahmen bei den Personalausgaben auf gleichem Niveau verbleiben. Hier müssen Mandatsträger und Wahlbeamte in der Tat mit gutem Beispiel voran gehen (was „oben“ in der Verwaltungsspitze aufgesattelt wird, um bestimmte fachliche Voraussetzungen zu

⁴ Vgl. WN vom 13. Februar 2003.

⁵ Vgl. Rede von BM Holtwisch zur Haushaltseinbringung für das Jahr 2004 im Rat am 17. Dezember 2003; siehe auch WN vom 18. Dezember 2003, Gronauer Lokalteil.

kompensieren, muss auch „unten“ bei den Personalkosten wieder ausgeglichen werden können). In einem weiteren Schritt sollte das Ziel der Verwaltung, prozentuale Einsparungen jährlich herbeizuführen, mit neuem Elan verfolgt werden. Ziel ist ein gesunder Anteil der Personalaufwendungen im Verhältnis zum Gesamtbudget. In der freien Wirtschaft werden die Personalkosten übrigens stets an der Produktivität gemessen. Personalkosten dagegen im Verhältnis zu den steigenden Ausgaben zu betrachten und dann auch noch von einem Spareffekt zu sprechen – diese Kennzahlbewertung hat die Verwaltung uns vorgelegt – ist schlichtweg paradox.

- 3) Investitionen: Bei der Haushaltseinbringung für das Jahr 2007 ist auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, Investitionen zu strecken.⁶ Für das Jahr 2008 hieß die Maxime dann, *„das künftige Investitionsvolumen zurückfahren und uns auf absolut notwendige Maßnahmen beschränken“*. Damals wie heute reichen die Finanzmittel nicht aus, um alle Investitionswünsche zu erfüllen. Es bleibt uns heute, mehr als noch vor 10 Jahren, *„keine andere Wahl, als Maßnahmen zu streichen, zu strecken oder deren Notwendigkeit ernsthaft zu hinterfragen“*.⁷ Mit Blick auf den vorliegenden Haushaltsentwurf und die finanzielle Situation der Stadt erscheint der Investitionsplan sehr ambitioniert.

IV Abschließende Bemerkungen / Fazit

RM von Borczyskowski stellte bereits in 2002 fest, die CDU sei „so beweglich wie ein Betonklotz, wenn es darum geht, Vorschlägen anderer Fraktionen zu folgen“.⁸ Und in einem Leserbrief⁹ aus 2006 beschrieb RM Schwarze es noch trefflicher: *„Wer in Gronau nicht zur Familie gehört oder sich ihrem Willen nicht beugt, wird abgestraft. Böse Zungen behaupten längst, Gronau sei wie Palermo, allerdings (...) würden Querdenker bei uns noch nicht erschossen (...). In Gronau geht das viel subtiler: (durch) totschweigen.“* Zitat-Ende. Die Familie, heute nennt man das auch ganz modern „Gestaltungsmehrheit“, durfte unlängst übrigens beide Herren als neue Familienmitglieder begrüßen.

Auch Studien haben ergeben, dass Sitzungsteilnehmer beinahe 70% der Zeit damit verbringen, Vorschläge von Kollegen zu widerlegen. Destruktive Bedenkenräterei zielt darauf ab, den Prozess auszubremsen. Dies sind auch unsere Erfahrungen gewesen, wenn mir im Rat und in den Ausschüssen konkrete Sparvorschläge unterbreitet haben. Es war für uns allerdings auch ein Ansporn, den richtigen Ansatz über Jahre hinweg hartnäckig weiter

⁶ Vgl. Rede von BM Holtwisch zur Haushaltseinbringung für das Jahr 2007 im Rat am 13. Dezember 2006; siehe auch WN vom 14. Dezember 2006, Gronauer Lokalteil.

⁷ Vgl. Rede von BM Holtwisch zur Haushaltseinbringung für das Jahr 2008 im Rat am 19. Dezember 2007; siehe auch WN vom 20. Dezember 2007, Gronauer Lokalteil.

⁸ WN vom 13. Dezember 2002, Gronauer Lokalteil.

⁹ WN vom 18. Dezember 2006, Gronauer Lokalteil.

zu verfolgen. Dadurch konnte unsere Fraktion sich ihre Redlichkeit und Gradlinigkeit bewahren.

Auch lässt sich am Erkenntniswert aufgrund bisheriger politischer Entscheidungen kein neues Urteil fällen. Uns ist längst bekannt, dass nur Klein-Klein nicht die Haushaltsrettung bedeutet (z.B. „Regionale“: -20.000 Euro; „Gronau bekennt Farbe“: -15.000 Euro; „EU-Wasserrichtlinie“: -20.000 Euro). Es ist allerdings ebenfalls ein richtiger, notwendiger Schritt, um die großen Herausforderungen zu bestehen. Um die dringend erforderlichen Maßnahmen durchzusetzen, fehlt es seit Jahren an der politischen Kraft. Wir können uns einen kleinlichen Parteienstreit nicht mehr erlauben. Wenn wir die bestehenden strukturellen Probleme unserer Haushalte nicht jetzt mit vereinten Kräften anpacken, könnten sie uns entgleiten. Dies wäre allerdings schlecht für die noch anstehenden Aufgaben (z.B. Aus- und Umbau des Rathauses, Feuerwehr, Schulaus- und Schulanbauten, Innenstadterneuerung).

Die Erhöhung der Steuern für Bürger und Unternehmen darf dabei nur das äußerste Mittel sein. Zuerst müssen Sparpotentiale auf der Ausgabenseite realisiert werden. Hier hat Stadt großen Nachholbedarf. Die Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuern, jetzt und in den kommenden Jahren, zu Lasten der Bürgerschaft ist daher ein falscher und unseriöser Ansatz. Einer Rekommunalisierung des Abwasserwerks darf nicht zugestimmt werden, da diese zwangsläufig zu einer Mehrbelastung der Bürger führt. Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Haushaltsentwurf 2016 ab. Seriösen Einsparungen bei den Ausgaben und dazu eine Festschreibung bestimmter (größerer) Ausgabenposten, begegnen wir hingegen weiter positiv.

Mein abschließender Wunsch wäre, es sich ehrlicher zu machen. Es funktioniert nicht, wenn es nur darum geht, sein eigenes Politikfeld zu verteidigen. Im Sinne des allgemeinen Wohls müssen alle Politikfelder angegangen und neu justiert werden. Unser Geld muss direkt dorthin, wo es wirklich benötigt wird.

Den Abschluss meiner Rede möchte ich darum mit dem Wunsch verbinden, dass die Politik in Zukunft, und die Finanzlage lässt dafür nicht mehr allzuviel Zeit, die Kraft findet, endlich Schluss zu machen mit den vielen unnötigen Ausgaben und Doppelstrukturen. Der unsägliche Streit zwischen beiden Stadtteilen muss im Sinne vertretbarer Lösungen - für beide Seiten - beendet werden. Hier spielt die Parteipolitik noch immer eine nicht hinnehmbare Rolle. Vor der Politik liegt heute und in den Folgejahren also eine umfassende Herausforderung, der sich Rat und Verwaltung dringend annehmen müssen.